

Hallische Zeitung

im G. Schwetschke'schen Verlage.
(Hallischer Courier.)

Politisches und
für Stadt



literarisches Blatt
und Land.

In der Expedition der Hallischen Zeitung: G. Schwetschke'scher Verlag. — Redacteur Dr. Schadeberg.
Vierteljährlicher Abonnementspreis bei unmittelbarer Abnahme 1 Thlr. 4 Sgr., bei Bezug durch die Post 1 Thlr. 10 Sgr.
Insertionsgebühren 1 Sgr. 4 Pf. für die dreispaltige Zeile gewöhnlicher Zeitungsschrift oder deren Raum.

N^o 120.

Halle, Mittwoch den 27. Mai
Hierzu zwei Beilagen.

1863.

Deutschland.

Berlin, d. 25. Mai. Der „Staats-Anz.“ meldet unterm 23. Mai: Se. Maj. der König haben sich auch gestern wohl befunden und in der verflochtenen Nacht gut geschlafen. Se. Maj. nahmen die Vorträge des Militär- und Civilkabinetts entgegen und empfingen Ihre königl. Hoheiten den Kronprinzen und die Frau Kronprinzessin.

Das Staatsministerium hat dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses angezeigt, daß Se. Maj. der König sich nicht bewogen finden, die Deputation des Hauses zu empfangen. Es ist die Abreise demzufolge auf schriftlichem Wege durch das königl. Staatsministerium überreicht worden.

Ueber die traurige Lage in Preußen wird dem feindlichen Wiener „Vaterland“ von hochkonservativer Seite geschrieben: „Immer wieder und immer dringender und immer überraschter legen wir uns die Frage vor, ob denn in Preußen, welcher Parteirichtung man auch sonst angehören mag, ein halbwegs verständiger Mann gefunden werden kann, der heute noch eine Verständigung zwischen dem zeitigen Ministerium und dem zeitigen Abgeordnetenhaufe für möglich hält? Wenn man aber diese Frage — wie es uns bekümmert will — unbedingt verneinen muß, dann scheint uns die mögliche Alternative sehr einfach zu liegen: entweder das Ministerium oder das Abgeordnetenhaus zu wechseln.“

Die sogenannte „Patriotische Vereinigung“ findet so geringen Anklang, daß sie auf ein ziemlich drastisches Mittel zu ihrer Rekrutierung verfallen ist. Sie sendet eine Anzahl von Personen förmliche Aufforderungen zum Beitritt in's Haus und zwar vorzugsweise solchen, denen ihre äußere Stellung die Zurückweisung dieser Werbung vielleicht nicht ganz unbedenklich erscheinen läßt. In dem Anschreiben, das zu diesem Zwecke vielfach umhergeschickt wird, heißt es u. A.:

„Die Unthätigkeit und der Egoismus bringt königlich gemüthter Männer sucht in Fehlern, welche angeblich die Regierung begangen haben soll, einen Vorwand für ihre Nichtbetheiligung an den schwebenden Kämpfen, ohne zu bedenken, daß von einzelnen Verkümmern, Schwächern und Fehlern wohl keine menschliche Regierung jemals frei sein dürfte. Schwächen möchten wir von dem Mangel an Muth, welcher selbst Männer in hervorragender amtlicher und gesellschaftlicher Stellung, Männer, welche von der Allerhöchsten Gnade Sr. Majestät des Königs durch persönliche Auszeichnungen aller Art geehrt worden sind und in ihren äußeren Verhältnissen und in ihren Familien die fördernde königliche Huld vielfach erfahren haben, zurückhält, für die Würde und die Macht der Krone und für die heiligsten Interessen des preussischen Volks eingutreten, aber gar sie dazu treibt, mit deren offenkundigsten Gegnern in kaum glaubhafter Schwäche zu flüchten.“ — Am Schlusse heißt es: „Diese Aufforderung ist gleichzeitig auch an eine Anzahl angesehener und hochgeachteter Männer, welche wir als mit Ihnen auf einer Stufe stehend erachten, und namentlich Solche gerichtet worden, bei denen es eben nur noch an ihrer eigenen ausdrücklichen Zustimmung fehlt, um sie der Zahl der ausharrenden und entschlossenen Verteidiger eines starken Königthums zuzugesellen.“ — Nach Eingang der zuverlässlich erwarteten unumwundenen Antworten, um deren gefällige Bescheinigung wir bitten, beabsichtigen wir eine vertrauliche Versammlung zur Besprechung der im Einzelnen zu ergreifenden Maßregeln zu veranstalten und werden uns erlauben, die Aufgebenden dazu ergebenst einzuladen.“

Hr. v. Bismarck machte bei der Anwesenheit des Hr. v. Beust den liebenswürdigen Birth und führte ihn u. A. auch in das Wallner-Theater, um den durch lange Gespräche über Solleingung und Bundesreform ermüdeten sächsischen Minister eine kleine Erfrischung an den prächtigen Couplets von Kallisch und dem köstlichen Humor der Komiker Helmerding und Reufsch zu verschaffen. Das ist denn auch in vollem Maße gelungen. Beide Minister lachten und applaudirten aus Herzenslust, Hr. v. Bismarck am meisten über die witzigen Pointen, die sich gegen ihn selber richteten, und Hr. v. Beust fand daran ein solches Behagen, daß er — wie erzählt wird — sehr bedauert haben soll, seine eigene große Politik gar nicht zum Gegenstande eines kleinen Scherzes gemacht zu sehen. Man will sogar von einer officiellen Aufforderung an Hr. Helmerding wissen, eine Improvisation „zu Ehren des Gastes“ zum Besten zu geben. Ob die Politik des Hr. v. Beust Hr. Helmerding nicht ganz klar ist, oder ob Letzterem kein passender Einfall kam, genug — Hr. v. Beust ging in der Blumenstraße leer aus, und er wird sich mit den Lorbeern aus der

Wilhelmsstraße begnügen müssen. — Eine Improvisation, mit welcher Helmerding den Abend schloß, sei hier noch erwähnt. Als nach Ueberreichung des aus Cottbus an den „gebildeten Hausknecht-Jubiläum“ gelangten Ehrenbaumkuchens der Vorhang über „Gräfin Susse“ gefallen war, wurde Helmerding von allen Seiten gerufen. Er erschien aber erst nach einer längeren Pause und bemerkte dem Publikum: er habe auch hinter dem Vorhang ganz gut vernommen, was im Hause vorgebe, aber andere dringendere Geschäfte — Dankschreiben nach Cottbus? — hätten ihm nicht erlaubt, früher zu kommen. Das Publikum applaudirte stürmisch und Hr. v. Bismarck lachte mit.

Die Tagesordnung für die auf Mittwoch den 27. Mai Vormittags 11 Uhr angesetzte Sitzung des Abgeordnetenhauses ist folgende: 1) Bericht über den Gesekentwurf, betreffend den Bau einer Eisenbahn von Danzig nach Neufahrwasser. 2) Mündlicher Bericht der Commission für das Justizwesen, betreffend die vom Justizminister beantragte Ertheilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung der Hückel'schen Broschüre: „die polnische Infurrektion vor dem preussischen Abgeordnetenhaufe.“ Berichterstatter: Ulg. Rohden. Die Commission beantragt, die Ermächtigung zur Verfolgung der Broschüre nicht zu ertheilen. 3) Bericht der Commission zur Prüfung des Staatshaushalts-Etats über den dreizehnten Jahresbericht der Staatsschulden-Commission für das Jahr 1861. 4) Bericht der Commission für das Justizwesen über den Antrag, die Genehmigung zu einer gegen die Abgeordneten Grafen v. Dzialynski und v. Guttry auf Grund der §§. 61, Nr. 3, 66 u. 98 des Strafgesetzbuchs während der Dauer der Sitzungsperiode einzuleitenden Untersuchung, sowie deren Verhaftung, zu ertheilen. 5) Dritter Bericht der Commission für das Gemeinwesen über Petitionen.

Nach der „Kreuzzeitung“ ist die Nachricht der „Dfb. Z.“, daß der Ober-Präsident der Provinz Posen zur Disposition gestellt sei, völlig grundlos.

Der in der Präsentationswahl des hiesigen Magistrats am 16. d. Mts. zum Mitgliede des Herrenhauses für die Stadt Berlin gewählte Stadtschulrath Schulte hat aus Gesundheitsrückichten abgelehnt.

Die neueste Nummer des „Justiz-Ministerialblattes“ enthält ein Erkenntnis des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Conflicte, worin die Ansicht ausgeführt wird, daß die Schulversammlungsstrafen gegen Eltern, welche es unterlassen, ihre Kinder nach der Schule zu schicken, nicht als Executionsmittel, sondern als Strafen für eine begangene Uebertretung zu betrachten und daher im polizeigerichtlichen Untersuchungsverfahren festzusetzen seien.

Aus Dresden, und zwar aus guter Quelle, schreibt man der „Berl. Allg. Ztg.“, daß Hr. v. Beust von hier sehr verstimmt abgereist sei, weil er nichts erreicht habe, als allgemeine Phrasen.

Wiesbaden, d. 20. Mai. In der gestrigen Sitzung der ersten Kammer stand die Schlußabstimmung über den Gesekentwurf, die Civilehe betreffend, auf der Tagesordnung. Zuvor aber bemerkte der Dombachant Jost: „So lange Kirche und Staat sich in Harmonie befinden, wird von Civilehe keine Rede sein; wird der Friede zwischen ihnen gestört und geht jeder Theil seinen eigenen Weg, dann kann erst die Frage wegen der Civilehe aufstauen, welche inoffen die Kirche nicht zu fürchten hat. Zu beklagen ist, daß die Frage nach der Civilehe bei uns aufgetaucht ist einem Hünstein Dissidenten gegenüber, deren Glaubensbekenntnis man nicht einmal kennt. Die Ehe ist religiöser und göttlicher Natur, schon nach den Anschauungen der alten Deutschen; Christus hat die Ehe zum Sacrament des neuen Bundes gemacht. Die christliche Ehe ist die Grundlage der Familie, des Staats und der Kirche. Die Civilehe macht die Ehe zum bürgerlichen Verträge und entzieht ihr Bestand und Haltbarkeit. Im Namen der Religion und im Namen des Deutschen Volkes, welches von der von einem falschen Liberalismus eingeführten Civilehe nichts wissen will, protestire ich ge-

gen die Einführung der Civilehe.“ — Abg. Hils: Bei der Stellung des Herrn Vorredners will ich demselben das Recht, im Namen der Religion zu sprechen, nicht bestreiten; dagegen bestreite ich ihm das Recht, im Namen des Volkes zu sprechen. Wir sind in der Lage, den gerechten Ansprüchen eines Theiles der Kassanischen Bevölkerung gerecht werden zu müssen, denn ich glaube, die Dissidenten oder, wie sie der Herr Vorredner zu nennen beliebt, „das kleine Häuflein Dissidenten“, sind so zu sagen doch auch Menschen, denen man es ermöglichen muß, eine Ehe zu schließen. Das Gesetz wurde darauf mit 9 gegen 4 Stimmen angenommen.

Großbritannien und Irland.

London, d. 22. Mai. Wie die englische Presse den neulichen Zwischenfall im preussischen Hause der Abgeordneten beurtheilen würde, ließ sich mit Sicherheit voraussehen. „Das preussische Abgeordneten-Haus“, schreibt heute die „Times“, „hat Beweise eines so gesunden Urtheils und einer solchen Befähigung für die parlamentarische Taktik gegeben, daß es sich offenbar durch Handlungen des Fürsten und seiner Regierung), vor denen sich früher deutsche Parlamente zu beugen pflegten, weder einschüchtern noch zu irgend einer ungerechtfertigten Kundgebung hinreissen lassen wird. Das Haus steht jetzt vor der Welt da als der Kämpfer nicht bios solcher unbestimmten Begriffe, wie Freiheit und Menschenrechte, sondern als Verfechter jener constitutionellen Grundsätze, welche Preußen von uns entlehnt und seinem geschriebenen Gesetzbuche einverleibt hat. Wie in den Ideen der preussischen Liberalen nichts Schwärmerisches liegt, so liegt auch nichts Ausschweifendes in ihren Forderungen. Zu ihrem Rechtsboden wählen sie ein erst ein paar Jahre altes schriftliches Document und die Auslegung, welche dazu wohl befähigte Ausleger demselben gegeben haben. In jeder Versammlung muß es eine Autorität geben, welche verdrehende oder beleidigende Redner in ihre Schranken zurückweist und die Ordnung handhabt. Diese Autorität steht der ganzen Versammlung zu und wird in größerem oder geringerem Grade dem Präsidenten übertragen. Der Präsident oder Vorsitzende muß die Ordnungsfragen entscheiden und einen Jeden controliren, welcher in der Versammlung anwesend ist, mag derselbe nun ein Mitglied der Versammlung sein oder ihr in Folge einer Einladung oder kraft eines ihm zustehenden Rechtes beiwohnen. Sollte irgend ein anderer Grund für die preussische Kammer gelten, so wäre es mit ihren Debatten zu Ende. Die Minister, gleichviel in welcher Eigenschaft sie anwesend sind, betheiligen sich an der Discussion gleich den anderen Mitgliedern. Sie halten Reden, bringen Gesetzworlagen ein, vertheidigen ihre Politik, greifen die ihrer Gegner an, geben und erhalten Antworten und sind in jeder Beziehung außer dem Namen nach Mitglieder des Hauses. Wie können solche Männer der Autorität des Präsidenten entzogen werden?“ Die „Times“ sieht sehr traurigen Consolien für Preußen entgegen.

Das torjistische Wochenblatt „The Press“ bringt einen Artikel, in welchem es schließlich heißt: „Es ist nicht recht, daß Preußen die Russen begünstigt, während es sich neutral nennt, aber wäre es nicht ein größeres Unrecht und für England ein größeres Unglück, wenn Frankreich das Verhalten Preußens als Vorwand benutzte, um sich der Rheinlande zu bemächtigen und in Antwerpen festzusetzen? England hegt den aufrichtigen Wunsch, Preußens Freund zu sein, aber die preussische Regierung verfolgt eine selbstmörderische Politik. Sie hat im Innern Spaltungen hervorgerufen, die ihre Kraft lähmen; sie entfremdet sich die Freundschaft fremder Staaten, und sie hat nicht nur das Prästigium Preußens in Deutschland ruiniert, sondern sie bereitet auch dem Vaterlande die schwersten Unglückschläge.“

Rußland und Polen.

Ueber die große diplomatische Frage schreibt man aus St. Petersburg vom 17. Mai der „Köln. Ztg.“: Mittheilungen von Seiten eines der hervorragensten Mitglieder des hiesigen diplomatischen Corps setzen mich in Stand, Ihnen den augenblicklichen Gesichtspunkt der russischen Regierung betreffs der Lösung der polnischen Angelegenheit auseinander zu setzen. Die Noten, durch welche Rußland den drei diplomatisch intervenirenden Mächten geantwortet hat, enthielten die prinzipielle Vertheidigung dessen, was Rußland für sein Recht hält. Die hiesige Regierung weiß indessen zu viel von den eventuellen Absichten Frankreichs und der gefährlich passiven Rolle Englands, um bei einer theoretischen Erörterung der Rechtsfrage stehen zu bleiben. Fürst Gortschakoff hat daher, die Idee des Kongresses als Hintergrund nehmend, sich gegen den englischen Botschafter Lord Napier etwa in folgender Weise ausgesprochen: England erkennt an, daß Rußland im rechtmäßigen Besitze von Polen ist, das Großherzogthum Warschau aber im Jahre 1815 unter gewissen vertragsmäßig festgestellten Bedingungen als Königreich erhalten hat. Ueber die Besitzfrage sind wir also einig, und nur die Interpretation der Verträge scheidet uns. Da giebt es nun ein ganz natürliches höchstes Tribunal, nämlich einen Kongreß sämtlicher Unterzeichner der Wiener Verträge. Berufen wir daher den Kongreß, Rußland ist bereit, ihm beizutreten. — Bergangenen Sonnabend, den 16., hat Fürst Gortschakoff eine ähnliche Unterhaltung mit dem französischen Botschafter, Herzog von Montebello, gehabt. Er hat erklärt, daß Rußland an dem Kongresse Antheil nehmen wolle und nur Eine Bedingung stelle, nämlich die, daß Rußlands rechtmäßiger Besitz von Polen nicht in Frage komme. Man hatte hier um so mehr Veranlassung, Frankreich gegenüber diese Vorbedingung zu erörtern, als in der diplomatischen Korrespondenz des hiesigen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten die unzweideutigen Beweise vorliegen, daß Frankreich immer noch die vollständige Lösung Polens von Rußland anstrebt und selbst bei der Idee der Hausunion zwischen beiden Ländern den Hintergedanken hat, daß spätere revolu-

tionäre Ereignisse in Polen die russische Dynastie vertreiben würden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich Sie zur Charakteristik von Personen und Aufständen von einem Vorfall unterrichten, der, wie es scheint, der hiesigen Regierung von einem ihrer officiösen Agenten im Auslande hinterbracht, von ihr jedoch nur sehr bebingt gebilligt worden ist. Vor etwa 14 Tagen befand sich Hr. v. Budberg in Paris in einer diplomatischen Abendgesellschaft. Man sprach von dem fast einzigen Gegenstande politischer Unterhaltung, von der polnischen Frage und den Stürmen, die sie noch heraufbeschwören könnten. Baron v. Budberg sagte: ich glaube an keinen Krieg zwischen Frankreich und Rußland, beide Nationen haben zu viel identische Interessen und ganz dieselben Feinde. „Eher glaube ich an einen neuen Krieg zwischen Frankreich und Oesterreich, und — meine Herren — wer hat Lust zu weiten, daß Fürst Metternich vor mir von hier abreißt?“ Die Gruppe von sehr interessanten Männern war von diesem Ausbruche des Hrn. von Budberg sehr überrascht, aber Niemand hat die Wette angenommen. Ich glaube, daß der russische Botschafter bei dieser Gelegenheit einen zwar ehrenhaften Muth, aber doch nur den Muth der Verzweiflung gezeigt hat. Indessen erinnere ich mich, früher in einem deutschen Blatte, und wenn ich mich nicht sehr irre, war es die „Köln. Ztg.“ selbst, gelesen zu haben, daß, wenn Oesterreich auf die französischen Pläne nicht eingeht, die Wucht der Ereignisse wieder auf diesen Staat zurückfallen könnte. Die österreichische Presse ist über diese Aeußerung mit einem aufrichtigen Patriotismus hergefallen, aber wenn ich die Aeußerung recht verstanden habe, drückte sie keinen Wunsch, sondern nur eine Konsequenz aus. Die Frage ist nun, ob der verhältnißmäßig bedeutende Schritt, den Oesterreich gethan hat, Frankreichs Forderungen herabstimmen oder ermuthigen wird.

Der „Botschafter“ sagt: Aus St. Petersburg wird gemeldet, daß in den westlichen, d. h. den im Aufstand begriffenen polnischen Provinzen, auf Befehl der Regierung Bauernbänden organisiert werden, „zum Schutze der Personen und Communicationen“, wie es mit böhnischer Ironie in der „Nordpost“ heißt. Die russische Regierung treibt also jetzt politische Homöopathie, sie will die Revolution durch die Revolution vernichten. Die St. Petersburg'schen Staatsmänner müssen in Verzweiflung sein, daß sie eine Jacquerie organisiren, deren Treiben sie vielleicht selbst nicht mehr Halt gebieten können. Der russische Bauer mußte in den letzten Jahren überall durch Militärgewalt überwacht, stellenweise sogar blutig niedergehalten werden, weil er die Aufhebung der Leibeigenschaft als ein Signal zum Communismus betrachtete. Sind diese Horden auf einmal so loyal, so zuverlässig, so ordnungsliebend geworden, daß man ihnen Waffen in die Hände geben und sie mit der „Ueberwachung“ der „Communicationen“ betrauen kann? Werden diese Haufen, wenn sie einmal mit des Caren gnädiger Erlaubniß angefangen haben, Polen und polnisch Gesinnte zu massacriren, sich nicht bald mit derselben Wuth auf den reichen russischen Gutsbesitzer stürzen? Die Zeit wird lehren, ob die russische Regierung mit dieser Maßregel sich nicht selbst eine Grube gräbt, gefährlicher und tiefer, als jene, mit denen sie der diplomatische Notenwechsel der Mächte bedroht.

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., d. 23. Mai. Die „Europe“ schreibt:

Seit vier Tagen hat die von E. Napoleon eifrig präconisirte Idee einer europäischen Konferenz wegen der polnischen Frage an Terrain gewonnen. Einige Mächte, welche die Bürgschaften des Erfolges zwar anerkennen, befragen, daß, eingedenk des Congresses von 1856, die Vertreter der Mächte, einmal versammelt, die Wirksamkeit der Konferenz über die Entscheidung der polnischen Frage hinaus dehnen würden; sie scheuen selbst das Wort „Konferenz“. Vorläufig wurde die gemeinschaftliche Schlussredaction der Forderungen der drei Mächte auf die russische Antwort in London verabredet. — Ferner meldet die „Europe“ aus Wien: Unter des Kaisers Vorstich ward am 19. d. in der Hofburg vom Ministerrath für das Beharren im bisherigen gemeinschaftlichen Vorgehen mit den Westmächten in der polnischen Frage entschieden.

Kopenhagen, d. 23. Mai. Die Session des Reichsraths wurde gestern Abend geschlossen, nachdem das Zollgesetz mit 35 gegen 6 Stimmen angenommen war. Der Fürst Czartorski wird heute hier erwartet.

Leipzig, d. 23. Mai. Die drei gestern erwähnten Insurgentenführer Zapalowicz, Wisnowski und Zerwinski sind in Wolhynien vollständig geschlagen worden, wobei Tuczajny von den Russen in Utsche gelegt wurde. Staro Konstantinow in Wolhynien und Zampol am Dniester, sollen von Insurgenten besetzt sein.

Warschau, d. 23. Mai. Der „Dziennik“ publicirt eine Verordnung der Regierung wegen Einführung der neuen Landspolizei; ferner einen Befehl an die Civilgouverneure, da nimmehr der Zustand theilweise niedergedrungen sei, alle sich an Unordnungen betheiligenden Beamten zu entlassen und durch vertrauenswürdige Personen zu ersetzen.

Czernowitz, d. 24. Mai. Aus Novo Seliha ist die Nachricht eingetroffen, daß in der Nacht vom 22. auf den 23. d. Mts. in Kaminiac Podolski ein Aufstand ausgebrochen sei. Es sind russische Truppen in Eilmärschen von Gotin nach Kaminiac unterwegs.

Petersburg, d. 24. Mai. Das heutige „Journal de St. Petersburg“ veröffentlicht die holländische Depesche vom 23. April und die dänische Depesche vom 8. Mai nebst den Antworten darauf. Die holländische Regierung appellirt im Anschlusse an die französische Depesche an das Wohlwollen des russischen Kaisers. Die Antwort enthält sich, eine Untersuchung über die praktische Möglichkeit dieses Schrittes der holländischen Regierung anzustellen, und erblidet darin nur die gute Absicht, welche sie eingegeben hat. Die dänische Depesche constatirt, daß auch unbetheiligte Staaten in Folge der allgemeinen Verwirre-

lung gefährdet werden könnten, und spricht den dringenden Wunsch aus, die Polen möchten die Waffen niederlegen. Die Antwort dankt und versichert, daß von Rußland her keine Gefahren über andere Staaten hereinbrechen werden. Die portugiesische Note, welche im Geiste der englischen abgefaßt ist, ist nicht communicirt, und deshalb nicht veröffentlicht worden. Die Antwort erinnert von Neuem an die von Außen kommenden Anreizungen. Der Kaiser habe nicht nöthig, Inspirationen anderswoher als aus seinem eigenen Herzen und den Gefühlen seiner Pflicht zu schöpfen.

Konstantinopel, d. 22. Mai. Die Antwort Rußlands auf die türkische Note zu Gunsten Polens ist in sehr veröhnlichem Tone gehalten.

Wien, d. 24. Mai. Nach einer telegraphischen Depesche aus Konstantinopel vom gestrigen Tage waren daselbst Nachrichten aus Durazzo eingegangen, welche die Besorgniß wegen einer beabsichtigten Landung von Freiwilligen aus Neapel in Albanien ausdrücken. Dagegen melden Berichte von italienischen Untrien, um an die Bildung einer bourbonischen Freischaar in Valona glauben zu machen. Die Besorgniß sind durch das Erscheinen eines sardinischen Geschwaders vermehrt worden. Auf der Insel Candia sind durch griechische Emigrirte Unruhen hervorgerufen worden.

Urin, d. 25. Mai. Das Parlament ist heute eröffnet worden. In der Thronrede heißt es unter Anderem: Ich danke Ihnen für die vollendeten Arbeiten; Sie haben die Rechte der Nation und die Einheit Italiens befestigt. Ich werde diese Rechte zu hüten wissen. Die Thronrede bedauert den Tod Cavour's, erwähnt, daß fast alle Mächte das Königreich Italien anerkannt haben; Italien werde sich der Gerechtigkeit und der Freiheit der Nationalitäten ergeben zeigen. Die Thronrede erwähnt dann der Verheirathung der Königin von Portugal und der abgeschlossenen Handelsverträge, konstatirt den Fortschritt in

der Armee und der Marine. Ein heißerer Wunsch sei es, daß Italien seinen eigenen Kräften vertrauen könne und auch so von ganz Europa beehrt werden möge. In einigen Provinzen fordere die öffentliche Sicherheit wirksame Maßregeln. Die Regierung werde ihre Pflicht erfüllen. Frankreich habe die Möglichkeit einer militärischen Konvention zu diesem Zwecke anerkannt. Die Thronrede spricht dann von den öffentlichen Arbeiten, von der Einheit der Gesetzgebung und von der Reorganisation der Finanzen auf der Basis des Staatsgrundgesetzes. Die Thronrede schließt: Die Freiheit zu befestigen, mit der Freiheit die Unabhängigkeit und Einheit zu erhalten, ist das Ziel unseres Lebens.

London, d. 22. Mai. Nach der Newyorker Post vom 9. d. ist die offizielle Ankündigung erschienen, daß Hooker sofort wieder die Offensiv ergreifen wird.

London, d. 25. Mai. Der Dampfer „Europa“ ist mit Nachrichten aus New-York vom 14. d. in Cork eingetroffen. Nach denselben hat General Grant 11,000 Konföderirte 4 Meilen südlich von Fort Gibson (in Mississippi) vollständig geschlagen. 12,000 Unionisten haben den äußersten Punkt am York-Flusse besetzt und die Brücken in der Nachbarschaft von Maison blanche zerstört. General Stonewall Jackson ist in Folge einer Amputation des Arms gefordert. General von Dorn ist ebenfalls todt. — Nach Berichten vom 14. ist General Hooker durch Halleck am Vorrücken verhindert worden. Es ging das Gerücht, General Lee beabsichtige den Rappahannock zu überschreiten und Hooker anzugreifen. An der Brücke bei Washington war eine Batterie aufgestellt worden. Es verlautete ferner gerüchtersweise, General Grant hätte das Jackson'sche Corps in Mississippi eingeschlossen und bliebe den Konföderirten nur übrig sich einen Weg durch die Unionisten zu bahnen.

Berichten aus Mexiko zufolge leitete Puebla am 23. April noch immer Widerstand.

Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Herzoglich Anhalt-Desau-Cöthen'sche Domainen-Genz bei Cöthen mit Brennerei, 1 Morg. 100 □ R. Garten, 606 = 35 = Acker (Rübenboden) und 9 = 90 = Wiesen,

soll auf 18 Jahre, vom 1. Juli 1864 bis dahin 1882, öffentlich im Wege Meistgebots verpachtet werden. Es ist hierzu Termin auf den 15. Juni d. J. früh 11—12 Uhr im Sitzungszimmer der unterzeichneten Herzoglichen Regierung anberaumt worden, wovon Pachtliebhaber hierdurch mit dem Bemerkten in Kenntniß gesetzt werden, daß die Bedingungen vom 1. Juni ab in unserer Kanzlei und gegen Bezahlung der Abschreibengebühren von derselben bezogen werden können. Die Pachtbewerber haben vor Beginn des Termins sich über ihre Vermögenslage und ihre Befähigung zur Uebernahme und Führung der Wirthschaft auszuweisen und zur Sicherung ihrer Gebote eine Caution von 1000 R^r zu hinterlegen.

Desau, den 1. Mai 1863.

Herzogl. Anhalt. Regierung,
Abtheilung für Domainen und Forsten.
(gez.) von **Jerbst.**

Empfehlung.

Der Spritzenfabrikant Herr **F. Lange** zu Aßleben a/S. hat für hiesige Gemeinde eine neue Feuerpritze mit Schlauch erbaut, deren elegante und solide Bauart nichts zu wünschen übrig läßt.

Die mit derselben angestellte Probe hat deren praktische Brauchbarkeit auf das Beste bewiesen, und da mit diesen Eigenschaften der Erbauer derselben zugleich Billigkeit des Preises verbunden, so hält es unterzeichneter Ortsvorstand für Pflicht, dem Herrn **Lange**, Namens der Gemeinde Amsdorf, für die überlieferte gute Arbeit öffentlich zu danken, und denselben hiermit zu weiteren Aufträgen für andere Gemeinden bestens zu empfehlen.

Amsdorf, am 22. Mai 1863.

Der Ortsvorstand.

Ein junges gebildetes Mädchen, in der Küche und im Molkewesen erfahren, auch mit guten Zeugnissen versehen, welche 5 Jahre auf einem Rittergute conditionirte und eine kleinere Wirthschaft auch selbstständig führen könnte, sucht jetzt oder zum 1. Juli Stellung in einer Landwirthschaft oder zur Stütze der Hausfrau und erbittet sich gef. Adressen unter W. A. durch **Ed. Stückrath** in der Exped. d. Btg.

Eine Partie große Spiritus-Fässer mit eisernen Reifen stehen zum Verkauf bei **Louis Neufner.**

Eine schöne **Villa** in höchst romantischer Lage ist mit wenig Anzahlung billig zu verkaufen; ein **N.-Gut** mit ca. 2000 Morgen gutem Acker sehr annehmbar zu verpachten. Andere sehr preiswerthe Grundstücke und Stellen weist nach **Bureau Ceres** in Halle a/S.

Bekanntmachung.

Dienstag den 2. Juni d. Jahres, von Morgens 9 Uhr ab, bin ich willens wegen Aufgabe meiner Wirthschaft mein sämmtliches Vieh, bestehend in:

- 2 Pferde,
- 6 St. milchenden Kühen, worunter eine hochtragende,
- 1 hochtragende Ferkel,
- 3 St. jährige Ferkel,
- 2 St. vierteljährige Kälber,
- 4 St. halbjährige Schweine.

Außerdem noch 2 brauchbare Aderwagen mit eisernen Achsen, 1 Kutschwagen, 1 Rennschlitten, 1 Mistkhlitten, Pflüge, Eggen, Walzen, verschiedene Haus- und Wirthschaftsgeräthe u. dgl. m. auctionsmäßig gegen gleich baare Bezahlung zu verkaufen. Kauflustige werden dazu hierdurch eingeladen.

Wießkau, den 20. Mai 1863.

Gottlieb Heinicke.

Ich beabsichtige mein Gut, mit hundert und einigen 20 Morgen Land unterm Pfluge und 12 1/2 Morgen Wiese, Garten und Anpflanzungen, vollständigen Inventar, Alles im besten Zustande, zu verkaufen. Realoffen sind abgelöst. Lüttchendorf, den 21. Mai 1863.

Louis Ehrenberg.

Mühlen-Verkauf.

Verhältnisse halber bin ich gezwungen, meine zu Görzig in diesem Jahre neu erbaute, Abgaben freie Windmühle mit 2 Mahlgängen und vollständigen neuen Inventarien aus freier Hand zu verkaufen, und habe dazu einen Termin

Dienstag den 2. Juni d. Jahres
Vormittags 10 Uhr

im Gasthof „zum Adler“ in Görzig angesetzt, wozu ich Kauflustige hierdurch einlade. Die Bedingungen sind bei dem mit dem Verkauf beauftragten Commissionär **Schöne** in Görzig einzusehen.

Görzig, den 23. Mai 1863.

M. Schwerdfeger.

Zur Unterstüzung des Verwalters einer Baarenhalle wird ein sicherer Mann mit vorläufig 300 R^r Gehalt gesucht und ist Baarentenatniß nicht erforderlich. Beauftragt der Rsm. **S. Lehmann**, Kl. Jägerstr. 3, Berlin.

Aufträge auf **Badewannen** von Schiefer nehmen entgegen **B. Schmidt & Co.**

Von höchsten Medicinalstellen approbirt, chemisch geprüft und bestens empfohlen

von den Herren Hofrath Dr. **Kaerner**, Professor der Physik und Chemie an der Universität Erlangen, vorm. Kreis- und Stadtgerichtaphysikus Dr. **Solbrig** zu Nürnberg, Kreis-, Stadtgerichts- und Polizeiphysikus und Medicinalrath Dr. **Kopp** in München, sowie von vielen anderen in- und ausländischen renomirten Aerzten und Chemikern.

EAU D'ATIRONA
oder feinste flüssige Toilettenseife zur Erhaltung und Herstellung einer schönen, reinen, weißen Haut und zur schmerzlosen Befreiung der Gesichtsfalten, Sommerprossen, Leber- und anderer gelber und brauner Flecken, so wie sonstiger Hautunreinheiten.

Seit 26 Jahren bei beiden Geschlechtern in großen Ehren stehend, und erprobt als beste Toilettenseife, ist es zur Genüge bekannt, welche bewundernswürdige Zartheit, Weiße und Weiche sie der Haut verleiht und ihr den schönsten und blühendsten Teint giebt. Sommerprossen, Leber- und andere gelbe und braune Flecken verschwinden auf den Gebrauch dieser Seife, wie der Nebel vor den Strahlen der aufgehenden Sonne. Preis 6 S^{gr} das kleine und 12 S^{gr} das große Glas; **Malländischer Haarbalsam** zu 15 S^{gr} und 9 S^{gr}, **Eau de Mille fleurs** zu 5 S^{gr} und 10 S^{gr}, **Ess-Bouquet** von unvergleichlichem Wohlgeruch zu 4 S^{gr}, 8 S^{gr} und 16 S^{gr}, **Extrait d'Eau de Cologne triple** von hervorragender Qualität zu 10 S^{gr} und 5 S^{gr} das Glas; **Anadol** oder orientalische Zahreinigungsmaße in Gläsern zu 20 S^{gr} und 10 S^{gr} und in Schachteln zu 6 S^{gr} und zu 3 S^{gr}, **Essence of Spring-Flowers** (Frühlingsblüthen-Essenz) zu 6 S^{gr} und 12 S^{gr}, **Rispomnade** à 5 S^{gr} und 10 S^{gr} das Glas. Auswärtige Bestellungen unter Beifügung der Beträge und 2 S^{gr} für Verpackung und Post-schein werden franco erbeten.

Carl Kreller, Chemiker in Nürnberg.

Alleinverkauf in Halle a/ Saale bei **Helmbold & Co.**, Leipzigerstr. 109.

Die Benützung einer Dampfmaschine von ech 8 Pferde-Kräften ist billig zu verpachten. Näheres große Steinstr. Nr. 66.

Matrassen und eiserne Bettstellen sind zu vermieten bei **F. Keil.**

Es empfiehlt sich als Kochfrau in und außer der Stadt **Christiane Knöchel**, Stroßhoffstraße Nr. 29.

Stett. Portland-Cement empfohlen **Brandt & Locioff.**

Der evangelische Unionsverein

wird seine nächste Versammlung Montag und Dienstag, den 1. und 2. Juni, im Saale des Leipziger Schießgrabens in Halle halten.

Hülsbergs Tann.-Balsam-Seife.

Den geehrten Consumenten, die wir der starken Nachfrage wegen nicht pünktlich befriedigen konnten, zur Nachricht, daß **Hülsbergs Tannin-Balsam-Seife heute frisch eingetroffen**, wir überhaupt nun jeden Freitag neue Sendung empfangen.

F. Laage & Co., Herrenstr. 11. **W. Hesse,** Schmeerstr. 36.

Um zu räumen empfehle:

Emmenthaler Schweizer-Käse,

prima Qualität, sehr saftreich, à ½ 7½ Sgr., in Laiben billiger;

fette **Limburger** und **grüne Kräuter-Käse** billigt;

beste Brabanter Sardellen,

à ½ 4 Sgr. — 8 ½ pr. 1 Daler, in Anfern billiger;

beste Gebirgs-Preisselsbeeren,

à ½ 2 Sgr., in Fässern billiger.

Feinsten alten Cognac u. Arac de Goa, à Fl. 15 Sgr. excl.;

echt engl. Porter

von **Barklay Perkins & Co.** in London direct bezogen, à Fl. 4 Sgr. excl., bei Quantitäten billiger.

Julius Riffert.

Chinesisches Haarfärbemittel, à Flacon 25 Sgr.,

aus der Fabrik von **Rothe & Co.** in Berlin,



aus der Fabrik von **Rothe & Co.** in Berlin, mit diesem kann man Augenbrauen, Kops- und Barthaare für die Dauer acht färben, vom blähesten Blond und dunkeln Blond bis Braun und Schwarz, man hat die Farbennuancen ganz in seiner Gewalt; bei jedesmaligem Einkämmen mit der Dinctur wird das Haar einen Schein dunkler. Diese Composition ist frei von nachtheiligen Stoffen. Das Resultat ist überraschend schön, so erhält z. B. das Auge mehr Charakter und Ausdruck, wenn die Augenbrauen etwas dunkler gefärbt werden. Das Färbemittel besteht nur aus einem Flacon, und nicht in Carton, auch befindet sich die Firma unter der Gebrauchsanweisung, und ist das Flacon damit gesiegelt, welches ich zu beachten bitte. Die vorzüglich schönen Farben, die durch dieses Mittel hervorgebracht werden, übertreffen alles bis jetzt Existirende.

Die Niederlage für **Halle a/S.** ist bei Herrn **W. Hesse,** Schmeerstraße 36, für Gisleben bei Herrn **C. Reichel.**

Den ersten Jauerschen Sahnen-Kümmel-Käse, im Geschmack vorzüglich, empfang und empfehle à Stück 2½ und 3 Sgr., im Ganzen billiger.

J. Kramm.

Frische Messinaer Apfelsinen, süß und dunkelroth, à Duzd. 12½ Sgr., 15 Sgr., 20 Sgr. bis 1 Thlr., in Kisten billigt empfiehl

J. Kramm.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich mich in dem ehemals Hildebrandt-Fischerschen Hause in der langen Gasse hier als Klempner etablirt habe; bitte mich bei vorkommendem Bedarf gefälligst zu berücksichtigen; ebenfalls habe ich mir einen Handel mit Glas, Porzellan und Steingutwaaren, sowie Spiegel und Regenschirme und mehrere in dieses Fach einschlagende Waaren zugelegt und versichere in Allen bei reeller Bedienung die möglichst billigsten Preise.

36rbig, im Monat Mai 1863.

Gustav Herold.

Kirschen-Berkauf.

Die diesjährige Nutzung der Kirschen an der Magdeburg Leipziger Straße bei Sylbitz soll **Donnerstag den 28. Mai** Nachmittags 3 Uhr im Gasthause zu Sylbitz gegen gleich baare Zahlung verkauft werden.

Kirschen-Verpachtung.

Die zu den Rittergütern Burg- u. Kirchscheidungen gehörigen diesjährigen Süß- und Sauerkirschen am sogenannten Heidecksberge und übrigen Anlagen sollen

den 1. Juni e. Vormittags 10 Uhr im hiesigen Schlosse öffentlich an den Meistbietenden unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen verpachtet werden.

Burgscheidungen, am 17. Mai 1863.

Große Bremer Neunaugen, Frische Stralsunder Bratheringe, Neue Kräuter-Anchovis, Frischen marinierten Lachs, Frische Kieler Bücklinge, Fetten ger. Rhein- u. Weserlachs, erhielt u. empfiehl

J. Kramm.

Ein Thor mit Thür, fast neu, verkauft sehr billig Halle, Magdeh. Straße 2.

Ein junger Tiger-Hund ist zu verkaufen Freudenplan Nr. 3.

Eine neumilchende Kuh mit dem Kalbe steht zu verkaufen bei **Bergmann** in R u s s e n.



Am Freitag den 29. Mai, Montag den 1. Juni, Mittwoch den 3. Juni und Freitag den 5. Juni a. e. Mittags 1 Uhr sollen auf meinem Gute in **Reesenstedt** an jedem Tage 60 bis 80 Stück **sehr fette Hammel** in Parzellen zu 5 und 10 Stück per 100 Pfund zu 7 Daler verkauft werden.

Ludwig Netze.

Ein anständiges Mädchen, in 30er Jahren, mit guten Attesten, wird für Küche und Hausarbeit zum 1. Juli gesucht. Zu erfragen Parz-gasse Nr. 21.

Gebauer-Schweifsche Buchdruckerei in Halle.

Ein goldner Trauring ist am 17. d. beim Spazirgehen um das Thor herum über die Mäule verloren worden. Gegen gute Belohnung abzugeben bei **Schneider,** Brüderstr. 12.

Ein goldnes Armband verloren! Gegen Belohnung abzugeben beim **Kend. Hoesler** auf dem Pädagogium!

— 63. Berlin. Innigsten Glückwunsch! Dnkel L. wird jeden Tag erw.

Familien-Nachrichten.

Berlobungs-Anzeige.

Die Berlobung ihrer Tochter **Anna** mit dem Kaufmann Herrn **Julius Thiesius** in Gonnern a/S. beehren sich Verwandten und Freunden hiermit ergebenst anzuzeigen

Wundarzt F. Steuer nebst Frau.

Halle, den 24. Mai 1863.

Todes-Anzeige.

Nach Gottes unerforschlichem Rathschlusse entschlief heute früh 6 Uhr unsere innigstgeliebte Frau, Mutter, Schwieger- und Großmutter, **Friederike Meinel** geborene **Wachmann**, in einem Alter von 62 Jahren. Dies Freunden und Bekannten zur Nachricht und bitten um silles Beileid

die trauernden Hinterbliebenen.

Halle, den 25. Mai 1863.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß heute unser guter Gatte, Vater, Bruder und Schwager, der Oekonom-Untmann **G. Berger** durch einen sanften Tod von seinem langen schweren Leiden erlöst wurde.

Gößnitz, den 23. Mai 1863.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Gestern Abend 8 Uhr verschied sanft und ruhig unser guter, braver Gatte und Vater, der frühere Schulz und Gutsbesitzer **Friedrich Müller**, in einem Alter von 61½ Jahren.

Dies seinen vielen Bekannten und Verwandten zur Nachricht, um silles Beileid bittend. Ober-Röblingen, den 22. Mai 1863.

Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Am ersten Pfingstfeiertag starb plötzlich und unerwartet, vom Schlage getroffen, unsere gute Frau, Mutter und Schwester, **Wilhelmine Hochheim** geb. **Schier**, im 63. Jahre ihres thätigen Lebens.

Dies zeigen hiermit an, um stille Theilnahme bittend, die Hinterbliebenen.

Schafstedt, den 24. Mai 1863.

Dank.

Allen denen, die am Begräbnistage unserer guten Mutter ihren Sarg so schön dekörten, uns in Worten, Rede, Gesang trösteten und Thaten mitwirkten, herzlichen Dank.

Gott ist Vergelter alles Guten!

Bedra, d. 23. Mai 1863.

Der Cantor **Ettel**

und Tochter **Clara.**

Wasserstand der Saale bei Halle

am 25. Mai Abends am Unterpegel 5 Fuß 7 Zoll,

am 26. Mai Morgens am Unterpegel 5 Fuß 7 Zoll.

Wasserstand der Saale bei Weizenfels

am Unterpegel:

am 24. Mai Abends 1 Fuß 9 Zoll,

am 25. Mai Morgens 1 Fuß 10 Zoll.

Schiffahrtsnachricht.

Die Schleuse zu Magdeburg passirten:

Aufwärts: Am 22. Mai. G. Lange, Roggen, von Thurn n. Budau. — Burmeister, Eisen, v. Hamburg n. Dessau. — Fr. Enger, Schiefer, v. Hamburg n. Dresden. — G. Hertel, Steinkohlen, v. Hamburg n. Halle. — Fr. Schulze, Guano, v. Hamburg n. Halle. — Chr. Heidecke, Güter, v. Magdeburg n. Dresden. — D. Wersner, Steinkohlen, v. Hamburg n. Halle. — Derselbe, Porzellanerde, v. Hamburg n. Bernburg. — A. Rothe, Stabholz, v. Spandau n. Budau. — R. Apel, Bretter, v. Dderberg n. Halle.

Niederwärts: Am 23. Mai. A. Hanson, Brennholz, v. Goswig n. Magdeburg. — G. Merleburg, desgl. — G. Kreschmar, Fabrikfals, v. Schönebeck n. Berlin. — Gebr. Eisenbach, Kuchhölzer, v. Goswig n. Magdeburg.

Deutschland.

Nachstehend geben wir folgenden ausführlicheren Bericht über die Adreßdebatte in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 22. Mai. Zuerst nahm das Wort

Ref. v. Unruh: Rede Adreßentwurf, welche ursprünglich der Commission über wiesen wurden, sind nicht hervorgerufen durch den Vorgang in diesem Hause vom 11. Mai. Es ist auch nicht denkbar, daß bei normalen Umständen jener Vorfall zu dem jetzt eingetretenen Bruch der Veranlassung hätte geben können. Bei normalen Verhältnissen hätte vielmehr derselbe nur zu einem Beschluß führen können, wie ihn dieses Haus am 15. Mai gefaßt hat, oder zum Rücktritt der Minister, oder zur Verlegung seines Amtes durch den demaligen Präsidenten, keinesfalls aber hätte er Veranlassung zur gegenwärtigen Krise geben können. Der Adreßentwurf war vielmehr nur hervorgerufen dadurch, daß nicht gesehen war zur Ausgleichung oder zur Milderung des seit Jahresfrist bestehenden Conflictes, im Gegensatz einer Steigerung desselben statthafte hätte. Namentlich seit Gründung der gegenwärtigen Session hat die Staatsregierung ein gewisses System in ihrem Verhalten gegen dieses Haus verfolgt, das darauf beruht war, die Bedeutung dieses Factors immer mehr und mehr herabzudrücken, immer mehr und mehr die Misachtung dieses Hauses auszusprechen, theils im Ernst, theils im übel angebrachten Scherz. Der kirchliche Entwurf insbesondere war darauf begründet, daß der gegenwärtige Zustand in Preußen unhaltbar, gefährlich ist, daß er die drohenden Gefahren, die Forderung Preußens steigert. Deshalb sollte Gebrauch gemacht werden von dem diesem Hause zustehenden Rechte, sich unmittelbar an die Krone zu wenden. Der Gneissliche Antrag ging ebenfalls dahin, eine Adreßde zu erlassen, jedoch erst nach Erörterung der wichtigsten Vorlage. Im Ganzen war nicht bloß der Inhalt der zu erlassenden Adreße, sondern die Frage, ob eine Adreße an die Krone zu richten, noch controvers, da ein großer Theil dieses Hauses von dem ihm zustehenden Rechte, nur im äußersten Falle Gebrauch machen wollte. Diese Meinungsverschiedenheit hat sich namentlich in der Wahl der Mitglieder der Adreß-Commission gezeigt. Wie wenig das Haus geneigt war zu einem formellen Besuch zeigen die Beschlüsse desselben am 15. Mai, die an dem thatsächlichen Vorfall festhielten, und es ablehnten, auf die von dem Ministerium angelegte Principienfrage einzugehen. In der ausdrücklichen Erklärung, daß das den Ministern nach Art. 60 der Verfassung zustehende Recht nicht angegriffen worden sei, war auch die Erklärung enthalten, daß dasselbe auch in Zukunft nicht angegriffen werden sollte. Um Grund dessen hätten die Minister in diesem Hause erscheinen können, ohne ihrer Ehre irgend zu nahe zu treten. Dies war aber nicht die Absicht der Minister, deren nachfolgende Schritte vielmehr die vom Anfang an herrschende Absicht, den bestehenden Conflict zu steigern, darthun. Das Ministerium lenkt nicht nur nicht ein, es setzt seine Weigerung fort und verlangt, daß das Haus den Ansichten der Minister sich einfach zu unterwerfen und die verlangte Erklärung abzugeben habe. Dadurch, daß das Ministerium ganz formell seine Mitwirkung an unseren Verhandlungen verweigert hat, war für das Haus nur die Alternative möglich, entweder die wichtigsten Gegenstände ohne Theilnahme der Staatsregierung zu behandeln, oder sich direct an Se. Maj. den König zu wenden. Die vorläufige Entscheidung für eine dieser beiden Möglichkeiten hat das Haus bereits durch Ablehnung des vom Abg. Simon am 18. Mai gestellten Amendements getroffen. Mit 17 gegen 5 Stimmen hatte darauf die Adreß-Commission den sofortigen Erlass einer Adreße vorgeschlagen. Die gestern an uns ergangene Mehrheits Beschlüsse hat die ganze Adreßfrage wesentlich modificirt. Die Minister haben nicht nur an ihrem früheren Verhalten festgehalten, sie sind sogar soweit gegangen, wegen einer Kritik über das Verfahren des Präsidenten dieses Hauses die persönliche Person in einen Citationsstreik zu ziehen. In einem absoluten Staat ist ein königlicher Erlass der unerschütterliche Ausdruck, gegen den von keiner Seite mehr etwas eingewendet werden kann. In dem constitutionellen Staat verhält sich dies durch die bei jedem königlichen Erlass notwendige Contrafsignatur der Minister und deren dadurch übernommene Verantwortlichkeit anders: der Inhalt eines königlichen Erlasses ist damit der Beurtheilung unterworfen. Dadurch, daß vorläufig erlassene königliche Verordnungen dem Landtage zu nachträglicher Genehmigung vorgelegt werden müssen, ist diese Bezeichnung, solche Verordnungen zu kritisiren, auch ausdrücklich anerkannt. Ich verwehre mich jedoch von vorn herein dagegen, als ob ich beabsichtige, die Ehrwürdigkeit gegen Se. Maj. den König durch diese Kritik im Geringsten zu verletzen. Die königliche Beschlüsse wiederholt den Inhalt des früheren ministeriellen Schreibens, und die in demselben enthaltenen wahrheitswidrigen Thatfachen: sie geht aber noch weiter, indem sie auspricht, daß das Haus indirect den vom Präsidenten erhobenen Anspruch auf Disciplinargewalt über die Minister sich angeeignet habe. Hierbei wird auf den dem Beschluß des Hauses vorangehenden Commissions-Bericht Rücksicht genommen, und ein solches Zurückgehen auf die Motive der Commission — die ich meinerseits übrigens durchaus nicht verweigern will — ist etwas Unerbötliches. Ich habe niemals schon ausgesprochen, daß die gegenwärtige Krise den Kampf zwischen dem absoluten und dem Verfassungsstaat darstelle. Eine Bezeichnung dieser Ansicht aber liegt in der an dieses Haus gerichteten „Ermahnung“, dem Verlangen der Minister nachzustimmen. (Hört! hört!) Sehr richtig! (links.) Dies ist der Standpunkt des patriarchalischen Staats, der Standpunkt des beschränkten Unterthanenvertrages. Damit tritt die Frage auf, ob die Minister nicht über dem Hause stehen, es wird eine Disciplinargewalt der Minister über das Haus beansprucht. Und doch ist, da das Haus das Recht hat, ihm vorgelegte Gegenstände abzulehnen, das Ministerium aber an die Entschlüsse der Krone gebunden ist, eine Parallele zwischen dem Staatsministerium und diesem Hause ganz unbedeutend. Der heute vorgelegte Adreßentwurf ist mit 18 gegen 2 Stimmen angenommen worden, von welchen zweien der Eine nur mit der Form nicht einverstanden war. Jeder von uns fühlt, daß die Krise genommen ist, in der wir nicht entweder von dem Standpunkte, der uns gebührt, uns müssen herabdrängen lassen, oder zu dem letzten verfassungsmäßigen Mittel, einer Adreße an die Krone greifen müssen. Ich behaupte nicht, daß die Krise gekommen ist, ich siehe sie einem ehrenvollen Reden, einem Siechtume vor. Auf die kleinen Meinungsverschiedenheiten, die in der Commission hervorgerufen sind, will ich nicht eingehen. Ein Punkt indessen erfordert eine nähere Berührung, es überomg indessen die Ansicht auf, die Adreße auf den Conflict zu beschränken, es überomg indessen die Meinung, sie auf die ganze Lage des Landes auszudehnen und nicht ein einzelnes Symptom hervorzuheben. Die Differenz zwischen dem Ministerium und dem Hause ist keine allmählig entstandene: sie geht hervor aus dem vom Ministerium consequent befolgten Systeme, die Thätigkeit des Hauses zu beschränken. Die letzten Schritte des Ministeriums drohen aber auch alle constitutionellen Formen, und in ihnen den constitutionellen Staat, der in sich einig ist. Wer im gendlichen Leben einen Gefährten sucht, der wirt seine Eigenschaften, seine Talente, seinen Charakter. Dasselbe gilt unter Staaten; unser Volk ist so zuverlässig, wie ein anderes, aber es hat noch nicht die Macht, auf die Politik einzuwirken. Wenn aber unsere Regierung heute der überreichlichen Regierung den Rath giebt, ihren Schwerpunkt nach Ungarn zu verlegen, und morgen es ermöglicht, daß Gerichte entstehen, die heilige Allianz solle wiederhergestellt werden, so entbehrt sie jeder Zuverlässigkeit. Preußen muß eine liberale Politik verfolgen: es ist nicht ein morischer Stamm, nicht eine „halbe Wahregel“, wie ein Historiker es bezeichnet hat, sondern ein junger lebenskräftiger Baum, der zur fruchtigen Höhe werden kann, wenn man seine Entwicklung nicht hindert. Ich freue mich, mit dem Entwurf des Grafen Schwerin in vielen Punkten übereinstimmen zu können, doch konnte sich ihm die Commission nicht anschließen. Der Antragsteller hat erklärt, es nicht für angemessen zu halten, daß eine Anklageschrift gegen die Minister an die Krone gerichtet werde. Da wir aber das Recht gestellt haben, die Minister zu entlassen — ein Recht, dem auch der Schwerinsche Entwurf in seinem Schluß nahe kommt — mußten wir es gründlich motiviren. Was das Ministerium thun wird, können wir nicht wissen, sondern nur vermuthen; sollte aber das Mini-

sterium die Sitzung nicht auflösen, sondern schließen, so wäre das ein neuer eclatanter Verfassungsbruch, denn es hiesse, die Beratung des Budgets unmöglich machen (Hört, hört!) Sehr wahr! Seitdem die Räder in unserer Verfassung erümden wurde — erfinden, nicht entbehren, denn sie ist in der That nicht darin vorhanden — hat man noch viele andere Läden behauptet, und bald wird unsere Verfassung selbst nur noch eine große Leere sein. Es handelt sich um die Frage, ob wir noch ein constitutionelles Leben haben sollen. Beherrigen wir den Ausdruck, den wir vom Ministerium für sich gebort haben: „die Wahrung verfassungsmäßiger Rechte ist Pflicht, ihr Aufgeben ist Pflicht.“ Lassen Sie sich durch kleine Bedenken nicht zurückhalten; jede Adreße kann nur durch einen Compromiß zu Stande kommen. Lassen Sie sich bei Ihrem Rottum nicht dadurch bestimmen, daß Ihnen ein Wort zu stark oder zu schwach erscheint, darauf kommt es ja nicht an, Ihre Wähler werden verstehen, richtig zu lesen, sondern auf die Einheit kommt es an. Der Ministerpräsident hat uns vor Kurzem erklärt, er habe die Verfassung ebensoviele beschworen, als wir. Zeigen wir, daß wir unsern Eid halten. (Bravo!)

Die Generaldiscussion wird eröffnet, zunächst jedoch der Verbesserungsantrag des Abg. Grafen Schwerin zur Unterfugung gestellt. Die Unterfugung reicht aus. (Außer den Ultraliberalen erheben sich dafür die Katholiken und ein Theil der Fraction Bokum-Dolffs.) Als Redner sind eingeschrieben für den Commissions-Bericht der Abg. Dr. Löwe, Schulte (Berlin), Schwarz, Weibauer, v. Spel, Barthelemy (Brandenburg), Heidenreich, Bohn, Dunder, v. a g e n: Reichenperger (Sachsen), v. Vinke (Schlesien), Dr. Simon, v. Vinke (Stargard), v. Gottberg, v. Richthofen (Sitzgau), Plagmann, Reichenperger (Stargard), Jollowsky-Buch, v. Wosniz (Stolz), v. Naum.

Zur Geschäftsordnung beantragt Febr. v. Vinke (Stargard) die General- und Specialdiscussion zu verbinden und nicht erst über die Frage „ob eine Adreße zu erlassen“ am Schluß der Generaldiscussion abstimmen zu lassen, da über diese Frage Niemand im Hause zweifelhaft sein könnte. Nach einigen Bemerkungen des Präsidenten und des Abg. Reichenperger (Bismarck) zieht v. Vinke seinen Antrag zurück.

Abg. Reichenperger (Sachsen) gegen den Commissions-Bericht: Die Frage, ob eine Adreße erlassen werden sollte, ist bereits entschieden. Wenn man sie aber durch die königl. Beschlüsse für geboten erachtet, müsse man die Antwort auch auf die Frage beschränken, also nicht über den in der Beschlüsse berührten Gegenstand ausdehnen. Die weitere Ausdehnung spreche nicht der Majorität des Hauses gegen den Thron. — Trotz seiner Anerkennung der Nothwendigkeit einer Adreße, werde er für keinen der beiden vorgeschlagenen Entwürfe stimmen; er würde es auch nicht für einen Schaden halten, wenn keiner der beiden, sondern etwa ein dritter Entwurf angenommen würde. — Gegen den Commissions-Entwurf spreche, daß der bisher stets energisch zurückgewiesene und in einem Meer von Loyaltätsversicherungen erkrankte Gedanke der „parlamentarischen Regierung“ darin mit der unerschütterlichen Klarheit zum Ausdruck gelangt sei; alles Uebrige sei nur Nebenfrage. Ein Theil der darin enthaltenen Vorwürfe über den budgetlosen Zustand u. s. w. sei richtig, man müsse doch aber den thatsächlichen Zustand ins Auge fassen. Wenn A. B. die Majorität des Hauses früher erklärt habe, es sei verfassungswidrig, wenn die Regierung Ausgaben mache, die das Haus gestrichen habe, so liege in dieser Erklärung doch, daß es nicht in dert Verfassungswidrig sei, wenn die Regierung Summen vorausbehalte, die das Haus nicht gestrichen habe. — Daß das Haus keine Disciplinargewalt gegen die Minister haben könne, folge schon daraus, daß es nicht vorgelegte Behörde derselben sei. — Gegen den Schwerinschen Entwurf spreche namentlich die Beifügung der vielen Schriftstücke, die dieselbe involvire gegen Se. Maj. den Vorwurf, daß derselbe sich nicht informirt, sondern einseitig habe Vortrag halten lassen. Er könne von dieser Voraussetzung nicht ausgehen. Die stenographischen Berichte seien nicht maßgebend. Seitens des Präsidiums würden öfters Klagen ertuldet, die nicht gerade positiv in der Geschäftsordnung begründet. — Auch in diesem Falle sei nicht zu erkennen, ob die betreffende Unterbrechung der Disciplinargewalt entlossen oder nicht. — Die Schwerinsche Deduction sei nur gutfindend in Betreff des ersten Ministerialschreibens vom 11. Mai, nicht auch in dem des vom 10., worin ausdrücklich auf die Disciplinargewalt Bezug genommen worden. — Neben kritisiert Johann den Commissions-Entwurf im Einzelnen: die Stelle vom Wechsel der Personen enthalte nicht mehr als einen Rath an die Krone, sondern den Anspruch der absoluten Nothwendigkeit, die Minister aus der Majorität des Hauses zu wählen. Eine solche Sprache werde schwerlich dazu beitragen, die verfassungsmäßigen Zustände zu härten. — Der aufgestellte Satz sei auch weder rechtlich begründet, noch factisch richtig. Was solle geschehen, wenn Se. Majestät dem ausgesprochenen Anfinnen nicht nachkomme? Entweder das Haus müsse von seiner Ansicht ablassen, oder es statuirt den Satz, daß der Wille Sr. Majestät bei der Ministerwahl nicht mehr entscheidend sei, im entscheidenden Widerspruch mit Art. 62 der Verfassung. Das könne doch in diesem Hause nicht ernstlich beabsichtigt werden. — Gener Satz der Majorität führe zur Dicitatur, und zwar zur ungesetzlichen Dicitatur, zu der einer Schwankenden, in sich geräthelhaften Majorität. — Die jegliche Majorität sei nur eine Coalition-Majorität; das etwaige neue Ministerium würde auch schwerlich eine dauernde Majorität haben. Diese parlamentarische Regierung führe zum Ruin des Landes. — Jede Landesvertretung habe das Recht und die Pflicht, sich mit ihrem Rath an die Krone zu wenden, aber eben nur mit ihrem Rath. — Er stimme deshalb gegen die vorgelegten Adressen, und glaube auch so seinem Verfassungseide gerecht zu werden. (Beifall bei den Katholiken.)

Abg. Dr. Löwe (Bismarck): Als das Haus seine Beschlüsse gefaßt hat über den Vorfall, welcher die Verhandlungen dieses Hauses in so unerwarteter Weise affectirt, da ging es von dem durchaus berechtigten Standpunkt aus, daß es dem Abgeordnetenhause nicht geziemend, sich in theoretischen Erörterungen, in gelehrten Phantasmen zu ergeben, daß es nicht seine Aufgabe sei, wie der vereehrte Abgeordnete für Minister Dr. Simon sehr treffend in der letzten Sitzung bemerkte, „Doctortragen“ zu lösen. Das Haus hat recht daran gethan, daß es lediglich den concreten Fall ins Auge gefaßt und somit praktisch vorgegangen ist. Der erste Redner, der heute gegen den Commissions-Entwurf gesprochen, hat derartige theoretische Fragen aufgeworfen und weitläufig erörtert; er hat an einzelnen Fällen darzutun versucht, wenn sich dies so verhielte, müßte jenes so sein u. dgl. m. Auf den Kern der Frage ist er indes dabei nie eingegangen (Hört!). Wenn andere Verfassungsfragen zur Entscheidung des Hauses gelangen sollten, so wird sich dasselbe gewiß nicht scheuen, jede einzelne in dem gegebenen Falle zu erörtern und zu entscheiden; aber im Allgemeinen darüber Capital aus Kollegenbesitzen vorzulegen, ist Sache des Rathes, nicht dieses Hauses. (Sehr richtig!) Abschließend hat sich das Haus niemals in Debatten über allgemeine Fragen eingelassen, eingelassen: nur mit bestimmten Beschlüssen über bestimmte Fragen bezieht es einen sichern und festen Boden. Der Vordredner hat einen Angriff ferner gegen die Majorität dieses Hauses geschleudert wegen eines Beschlusses, an dem ich allerdings Theil genommen, da ich damals dem Hause noch nicht angehört. Aber damit das Haus einmal fertig werde mit dem von dem Vordredner gegen die Beschlüsse des vorigen Octobers erhobenen Vorwurfe der Verfassungswidrigkeit, so weise ich nur auf den Eingang jenes Beschlusses hin und darauf, daß damals, als derselbe gefaßt wurde, man noch nicht wissen konnte, ob das Gerrenhaus wirklich die große Verantwortlichkeit auf sich nehmen werde, daß ganze Budget nur deshalb zu verwerfen, weil nicht so viel bewilligt worden, als man verlangt hatte. Jeder Fortschritt im Verfassungsstaate beruht auf Compromissen; so muß auch eine Adreße auf dem Wege eines Compromisses zu Stande kommen. Derselben, welche vorher gegen die Adreße waren, unterfchieden sich jetzt von uns nur dadurch, daß sie die Adreße auf die Beantwortung der Beschlüsse beschränken wollen. Ich gehe zu, daß immer eine besondere Veranlassung zu einem so außerordentlichen Schritt, wie eine Adreße, vorhanden sein muß. Aber es ist jetzt eine solche Veranlassung vorhanden: es handelt sich um die Erhaltung des bestehenden Rechts, um die Erhaltung des Staates. Ich appellire an das Herz derjenigen, die die Adreße auf den berührten Punkt beschränken wollen, ob sie nicht schon lange traurig gewesen über die gewonnene Ueberzeugung, daß es unmöglich sei, das

beschwerene Recht zu erhalten, eine Reformpolitik zu entwickeln. Es giebt gewisse Dinge, die notwendig sind für die Existenz eines Gemeinwesens: durch die auswirkende Politik der Regierung ist der preussische Staat aufs höchste bedroht. Bei der eigentümlich geographischen Lage des preussischen Staates steht die Existenz desselben auf dem Spiele, wenn der große Zusammenbruch erfolgt. Ueberdies wird auch in diesem Zusammenbrüche das alte deutsche Volk nicht untergehen und seine Mission zu erfüllen nicht aufhören, aber die territoriale Einheit wird dann nicht aufrecht erhalten werden. Wir als preussische Abgeordnete, die wir die Verfassung beschworen haben, haben die Pflicht, deshalb unsere warnende Stimme zu erheben, wo es sich um eine Existenzfrage für den Staat, die Krone, die Dynastie handelt. Ich habe bereits damals den Augenblick für eine Adresse für geeignet gehalten, als die Regierung in der polnischen Frage ihre Kraft und Thätigkeit einseitig nach dem äußersten Osten richtete und einen Schwerpunkt außer Deutschland suchte. Als dann der Augenblick kam, wo es galt, eine alte Ehrenpflicht Preußens gegen Schleswig-Holstein zu erfüllen, eine Ehrenpflicht, die im letzten Grunde auch eine Existenzfrage ist, so hielt ich ebenfalls die Veranlassung für eine Adresse gekommen. Jetzt ist die Frage endlich zur Entscheidung gekommen, nicht durch unsere eigene Kraft und Geschäftlichkeit, sondern durch das Verfahren unserer Gegner. — Auf die inneren Fragen will ich nicht weiter eingehen, da andere Redner sie noch entwickeln werden. Nur einige Worte will ich Ihnen ans Herz legen. Mit Recht hat vor einigen Jahren der König den obersten Befehl über das Bundesheer in Anspruch genommen. Daran leidet wir so hauptsächlich, das Preußen, welchem seiner geographischen Lage wegen vorzugsweise die Vertheidigung des deutschen Territoriums obliegt, fast die ganze oder doch die hauptsächlichste Last der Landesvertheidigung zu tragen hat. Der Anspruch des Königs auf den Oberbefehl war daher gewiss berechtigt und wurde von allen Patrioten unterstützt. Dennoch resignirte die Regierung und verzichtete auf diese Erfüllung der Lebensbedingung eines aufstrebenden Preußens und suchte sich durch übermäßige Entlohnung der eigenen Militärkräfte die Macht zu verschaffen, die für den preussischen Staat seine eigentümliche Lage erfordert. In Konsequenz dieser übermäßigen Entlohnung der Militärschaft suchte darauf die Regierung in Abhängung von dem deutschen Volk eine andere Allianz im äußersten Osten, welche es gänzlich absetzt vom deutschen Boden. Deshalb müssen wir dem Könige sagen, das große Gefährde über seinem Lande, über seinem Volke, über seine Dynastie schweben, das die Wege, auf denen sein Ministerium den Staat leitet, die Gefahr fort und fort vergrößert, und das Land der Mittel beraubt wird, diese Gefahren zu beschwören. Das deutsche Volk ist ein tapferes Volk, ein lokales Volk. Noch lebt in ihm das alte gaudium proclii, und seine Söhne trifft man auf allen Schlachtfeldern, namentlich auf denen der Freiheit. Wenn wir jetzt den Frieden verlangen, geschieht es nicht aus Fehlgelb, sondern in gewissenhafter Sorge um das Land und dessen Geheilen! (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Zoltowski (Zus.) (Der Redner ist außerordentlich schwer zu verstehen): Wenn er und seine Freunde gegen den Commissions-Entwurf stimmen, so geschieht dies mit einem schmerzlichen Gefühl. Er hätte gehofft, die Adresse würde alle Lebensfragen, welche die Politik des Ministeriums über das Land gebracht, aufdecken, aber der Entwurf entspricht seinen Erwartungen nicht. Man finde in der Adresse Beschwerden und Klagen über die innere Politik des Ministeriums, über Verfassungs-Verletzung, während es viel tiefere Lebel gebe, welche die Adresse nicht erwähne. Die Stellung seiner Freunde sei bekannt, sie hätten stets zu denen gehört, welche die Rechte des Landes vertheidigt hätten; sie ständen noch heute auf dem Standpunkte ihres nationalen Rechtes, und dieses Recht könne durch keine juristischen Deductionen verdrängt werden. Die Verletzung, über welche das Haus Beschwerde führe, habe doch einen anderen Charakter, als die Verletzung, über welche er und seine Freunde sich beschwerten. Der Militärsatz, über welchen die Adresse Klage führe, sei in Polen zur Militärbereitschaft geworden. Der Belagerungszustand sei factisch eingeführt und das Recht besetzt. (Der Redner geht speziell auf die polnische Frage ein und wird deshalb vom Präsidenten unterbrochen.) Der Redner erwidert, daß er nur nachzuweisen beabsichtigt, daß er gegen die Adresse stimmen werde, weil vieles in derselben fehle, was er darin aufgenommen zu sehen wünsche. Die Adresse gebe den Anblick des Landes keinen genügenden Ausdruck und könne ihn von seinem Standpunkte aus nicht weniger, als befriedigen. Aber auch das Haus könne sie nicht befriedigen. Sie sei hervorgegangen aus der Mitte der deutschen Fortschrittspartei, welche mit derselben den ersten Schritt zurückführe, weil in derselben keine Rücksicht auf die großen Prinzipien den Weg verläßt. Es werde deshalb gegen die Adresse stimmen, aber doch für das erste Mal einen Verzicht, weil er mit diesen Inhalt, der die Würde des Hauses wahre, vollständig einverstanden sei.

Abg. v. Sybel: Wenn der Vorredner es der deutschen Fortschrittspartei zum Vorwurf gemacht hat, daß sie die wichtigste sprechende Frage, die polnische, nicht berührt hat, welche zugleich die deutsche Politik nahe angehe, so muß man ihm darauf erwidern, daß es in diesem Moment eben geboten ist, nicht volnische und nicht deutsche, sondern preussische Politik zu treiben. — Die Ausführungen des Abgeordneten Reichensperger haben auf mich den Eindruck gemacht, daß er sich von den Grundgedanken der Adresse ein Bild entworfen, das in derselben nicht enthalten ist. Letzten der Geschäftspunkt war für ihn der Satz, es sei das Recht dieses Hauses, sich mit Witten und Rednern über die Minister an die Krone zu wenden, aber man müsse sich über einzelne Thatsachen beschweren, man habe auch nicht das Recht, der Regierung seine Mitwirkung festerlich aufzukündigen. Das Haus erklärt aber, daß es nicht im Stande sei, die gegenwärtige Richtung der Regierung zu unterstützen, in dieser Richtung mitzuwirken, und unsere Schuld ist es ebenfalls nicht, wenn wir uns nicht über einzelne Akte allein der Regierung beschweren können. Denn alle einzelnen Akte sind nichts als Ausflüsse eines rechtswidrigen Systems, von dem uns weiter vollständig gerechtfertigt ist. Der Abg. Reichensperger hat uns dann losgerafft, die Quellen des gegenwärtigen Conflicts zu suchen, die nicht auf einer Seite allein zu finden sein würden; er hat dabei denjenigen Apparat vorgeführt, mit dem jedes constitutionelle System angegriffen worden ist, denn er hat wesentlich mit denselben Argumenten operirt, mit denen im Jahre 1839 der Marquis Custine die Welt als mit den Argumenten des Kaisers Nikolaus von Rußland überhäuft hat. Wenn er auf die aus den Grundgründen der Adresse sich ergebende parlamentarische Krankheit hingewiesen, so muß ich dagegen bemerken, daß seine Grundfälle das parlamentarische Leben selbst Englands an einem Tage schließen würden. Andere Ansicht über die Selbstständigkeit der Regierung ist äußerst einfach: die Regierung bewegt sich auf jedem Gebiet der Verwaltung durchaus selbstständig, wenn sie dabei nicht neuer Geleise und neuer Selbstbewilligungen bedarf. Unsere Klage geht nur dahin, daß die gegenwärtige Regierung von dem ersten Tage ihrer Existenz an diese beiden Schranken als nicht vorhanden betrachtet hat. Der Abg. Reichensperger hat nochmals die Unmöglichkeit für die Regierung darzutun gesucht, unsern vorjährigen Budgetbeschlüsse nachzukommen. Die Regierung hatte aber, nachdem wir ihre Forderungen abgelehnt, die Pflicht, sofort Schritte zu thun, um dem Hause ein anderes, annehmbareres Budget vorzulegen. Statt dessen hat man im geraden Gegensatz zu dieser Pflicht das Budget für 1863 ganz zurückgezogen und mit der Einführung des budgetlosen Regiments die Umkehrung des constitutionellen Systems vollzogen. Wenn wir hätten beizuliegen wollen, was uns angemutet worden ist, so wäre die Regierung mit einer parlamentarischen Regierung in dieser Stuhl wohl zufrieden gewesen. Die Regierung sagt, daß sie unser Bewilligungsrecht wohl anerkennen will, wenn das Haus sich ihren Forderungen einfach anschließt; die Regierung sagt: ihr habt das Recht zu bewilligen und zu verweigern, aber die Reorganisation, die dreijährige Dienstzeit können wir nicht aufgeben, dies erfordert die Staatseffizienz. Ein solches Verfahren ist die Umkehrung an das Prinzip der öffentlichen Wohlfahrt, es enthält die Forderung, daß alle Recht sich beugen soll den subjektiven Ansichten der Regierung über das, was sie unter allgemeiner Wohlfahrt versteht. Zur Verhinderung dieses Verfahrens kann ich mich auf Nichts berufen, der den Grundlag ausgeprochen hat, daß Jeder, der die Rücksicht auf die öffentliche Wohlfahrt erhebt, über Recht und Gesetz stellt, seinem ganzen Standpunkte nach ein Revolutionair ist, gleichviel, ob er dem Volk oder der Regierung angehört. Den besten Besag aber für die Nichtigkeit dieses Auspruchs giebt die Erfahrung, daß die Regierung, welche das saluti publice obenan stellte und sich danach benannte, die französische Conventregierung war. Dieses Prinzip der Unmacht governmentaler Willkür hat alle unsere gegenwärtigen Verhältnisse nach

allen Seiten hin zertrümmert und zerstört. Das Gesetz sagt, die Kriegserenzen sollen nur bei Ausbruch eines Krieges einberufen werden, die Regierung ruft sie ohne Vorhandensein dieser Verhältnisse ein. Das Gesetz bestimmt, die Landwehr solle von ihren Vorbehalten nur wegen ihres dienstlichen Verhältnisses zur Bedarfsart gezogen werden, die Regierung zieht sie zur Verantwortung wegen Beiträgen zum Nationalfonds und wegen Beschäftigung an patriotischen Festen. Das Gesetz bestimmt eine Vorlegung des Budgets vor dem Staatsjahr, die Regierung hat den ersten zur Durchführung dieser Bestimmung gemachten Versuch vereitelt, das Budget für 1863 im vorigen Jahre zurückgezogen und uns bis jetzt vergebens auf eine Budgetvorlage für 1864 warten lassen. Das Gesetz erfordert die Genehmigung auswärtiger der Staatsbürger belastender Verträge, die Regierung vermeidet die Vorlage und Mittheilung eines solchen Vertrages. Das Gesetz gestattet die Verhaftung eines Abgeordneten nur wegen Verbrechen auf handhafter That, die Regierung verhaftet einen Abgeordneten, der ruhig in seinem Hause ist, und legt ihm Hausarrest auf. (Munbe in der Fraction Simon. Auf: zur Sache!) Diese Dinge gehören hierher, sie motiviren unsere Beschwörungen gegen das ganze von uns angegriffene System (Bravo links). Oder gebt es auch nicht hierher, wenn man uns sagt, daß man Krieg führen werde mit oder ohne unsere Bewilligung und uns damit eine neue Perspektive auf rechtliche Verwaltung eröffnet? So ist es heute mit derjenigen Verwaltung beschaffen, die in der Zeit des absoluten Staats in dem Reue stand, auf dem Fundament der Geschäftlichkeit zu beruhen, die Preußen wesentlich mit zur Großmacht erhoben hat. Jene Zeit ist vorbei: wir leben in einer Zeit, wo eine excellent neu-preussische Zeit einem meiner Freunde auf den Hinweis auf die Gefahr geantwortet hat: „Was was, Gesetze! Das sind ja alte Verurtheile! Jetzt heißt es Ordre, und Ordre pariren!“ (Heiterkeit.) Solche Grundfälle spricht nun das Ministerium allerdings nicht offen aus, man fächert die Grundfälle, die durch dieselben hervorgerufen werden würden, und sorgt wenigstens für fektionellen, die durch dieselben hervorgerufen werden würden, und sorgt wenigstens für einen Staatsstheologen, der eine acceptable Form solcher Grundfälle einer Reichthüfertigung beschafft. (Heiterkeit.) Deshalb könnte man hienzu wohl einen Schritt der öffentlichen Moralität erblicken. Aber ich glaube doch, daß die verheißene Bewilligung hat noch gefährlicher ist, daß sie zu einer politischen Demoralisation für den Fortwärtigen, das noch gefährlicher ist, welche fürstbare Verantwortung für den Untergang des ganzen Volks man dadurch übernimmt. (Beifall.) Wenn ich hervorgehoben habe, daß die Praxis der Regierung eine durchaus revolutionäre ist, so habe ich die große historische Wahrheit nicht verkennen wollen, daß es Zeiten gegeben hat, in denen eine revolutionäre Praxis das kleinere Uebel war, in daß das revolutionäre Auftreten kostvoller Regenten zuweilen das einzige Heil- und Rettungsmittel war, um absterbende Nationen einem frischen, neuen Leben entgegenzuführen. Und namentlich ist auch Preußen durch solche Heilmittel hindurchgegangen. Aber in einem jeden solchen Falle muß selbst eine solche Rechtsverletzung ausgezogen werden durch die größere Fähigkeit, das größere Verbrechen der vollstänigen Aufgabung, eine erhöhte productive Thätigkeit. Selbst wenn die gegenwärtige Regierung auch nur eine Dosis von diesen Gaben besäße, so würde ich doch besagen können, daß sie den Erfolg dieser Gaben durch eine Rechtsverletzung erschwert hat. Aber wie selten wir? Ein großes organisches Gesetz, dessen Wichtigkeit und Notwendigkeit für die Gegenwart wie für die Zukunft allgemein anerkannt wird, das Unterdrückung ist nicht vorgelegt worden, wegen der Spannung der Zeit; ähnlich verhält es sich mit dem Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister. Und hier hätte das Ministerium nicht einmal eine productive Thätigkeit zu entwickeln nöthig gehabt; es hätte nur die Geschäftlichkeit seiner Vorgänger angetreten. Der Grund der Spannung, welche das Zustandekommen von Gesetzen hindert, wo liegt er anders, als in der Existenz des gegenwärtigen Ministeriums! hätte sich das Ministerium nicht die Frage vorgelesen sollen, ob es nicht seine Pflicht sei, durch seinen Rücktritt diese Spannung zu beseitigen? Ueberleben wir die Thätigkeit des Ministeriums, zunächst auf dem Gebiete der Gesetgebung, so hat es ein Gesetz über die Reichthüfertigkeit zu Stande gebracht und eines über die Gewährung der Reichthüfertigkeit für verkaufte Staatsbitter in den hohenzollernschen Ländern. (Heiterkeit.) Vielleicht hätte es auch ein Gesetz über die Abschaffung der lex Anastasiana zu Stande gebracht, wenn es nicht gegen seine Freunde im Herrenhaufe, die wegen der Publicationsformel Schwierigkeiten erhoben, Rücksichten zu beobachten gehabt hätte. — Blicken wir demnach auf die Finanzverwaltung, so sorgt der unermüdbare Fleiß des Volkes dafür, daß in jedem Monate viele Millionen an Steuern in die Staatskassen fließen; trotzdem ist die Ausbeute aus den Forsten in drei Jahren um 33 Pct. gelettert worden, ein für die Zukunft des Staates höchst bedenkliches Resultat. Im Gebiete der öffentlichen Arbeiten hat das System einer bloßen Steuerwaltung zu wenig ausgerichtet geführt. Auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten will ich nicht ausführlich eingehen. Der Bericht, wie er jetzt aus den Beratungen der Commission hervorgegangen ist, hat sich über dieselben mit Recht kurz gefaßt, daß wir ringsum Freunde erwandert er die eine vom Kriegsmittler gethane Aeußerung, aber mit gutem Grunde haben wir von einer Arztribüne (im Herrenhaufe) wurde vor wenig Tagen die Politik der Regierung eine eminent preussische genannt. (Heiterkeit.) Eine Politik aber, die uns in wenigen Monaten aus einer hoffnungreichen Lage in eine völlige Nothlage versetzt, uns ringsum Freunde schafft, ist, wie ich meine, gerade das Gegenstück einer eminent preussischen, das heißt eminent fähigen und eminent erfolgreichen Politik. In diesem vorläufigen Augenblick müssen wir, wie der Entwurf uns vorschlägt, an den Entschluß des Herrn Scherff vorerst erklären, daß wir kein Mittel der Vertheidigung mehr mit diesem Ministerium besitzen. Dies ist keine leichte Pflicht, aber wenn wir die sich aufbäumende Gefahr für Thron und Vaterland erkennen, werden wir, unserm Gibe auf die Verfassung treu, auch unsere Pflicht erfüllen, und thun, was für Thron und Vaterland frommt. (Beifall.)

Abg. Graf Schwerin: Ich würde in dieser Debatte die Tribüne nicht bestiegen haben, wenn nicht mein Name an der Spitze des Amendements stände, welches Ihnen vorliegt. Dasselbe ist aus einer gemeinsamen Beratung mit meinen Freunden hervorgegangen und trägt meinen Namen nur deshalb, weil ich allein Mitglied der Adresscommission war und weil ich es für meine Schuldigkeit hielt, den Antrag auch in der Commission zu stellen. R. S. Als die Anträge, die dieser Debatte zu Grunde liegen, zuerst gestellt wurden und die Wahl der Adresscommission stattfand, da vereinigten sich alle übrigen Fractionen gegen die Freunde des Abgeordneten Benschow, weil man in allen übrigen Fractionen der Ueberzeugung war, daß der Zeitpunkt zum Erlass einer Adresse noch nicht gekommen sei und eine Adresse, wie der Abg. Benschow sie vorgeschlagen, nicht indigirt war. Das Resultat der Commissions-Verhandlungen war so, daß wir hoffen durften, die Gegner des Erlasses einer Adresse würden die Mehrheit in der Commission haben. Da trat die Differenz zwischen dem Kriegsmittler und dem Präsidenten des Hauses ein, und schließlich erluden die Commissions-Beratungen über die Adresse einen vollen Umschwung. Wir vertraten unsere Ansicht, als man die Militärsache ansteuerte. Wir konnten nicht annehmen, daß der zufällige Umstand, welcher die Adresse einstweilen verhindert hat, den Erlassung des Hauses bezuwohnen, das Haus seiner Pflicht entbinden könnte, die Vorlagen zu erledigen. Ich glaube, es wäre recht eigentlich die Aufgabe des Hauses gewesen, die Commissionsvorlage in der Militärsache, wenn sie das sind, für was sie ausgegeben werden — eine Grundlage zur Vertheidigung mit der Regierung — zu beschreiben und dem Lande zu zeigen, daß es mehr kann, als die Regierung. Ich würde den Commissionsanträgen nicht in allen Punkten zugestimmt haben, aber ich erterne in denselben einen außerordentlichen Fortschritt gegen den negativen Standpunkt des Hauses im vorigen Jahre. Das Haus würde sich ein gutes Zeugnis ausgehört haben, wenn es im Stande war, ein brauchbares Budget zu votiren, es müßte zeigen, daß die Minister mit ihrer Abwesenheit nicht das Haus strafen, sondern die Krone und das Land schädigen. (Sehr richtig.) Wenn ich nun auch in der Commission den Standpunkt selbstgehalten habe, daß zur Zeit eine Veranlassung zu einer solchen Adresse nicht vorlag, so will ich doch nicht leugnen, daß ich auch prinzipiell gegen eine Adresse bin, wie sie die Commission vorschlägt. Die Adresse charakterisirt sich als eine Beschwörung des Hauses über die Regierung bei der Krone. Daß das Haus das Recht hat eine Adresse zu erlassen, kann nicht zweifelhaft sein, ob es welche gibt und gerathen ist, den Weg einzuschlagen, darüber habe ich großen Zweifel; Sie kommen dadurch aus dem Dilemma nicht heraus; entweder Sie erhalten auf die Adresse eine Antwort von der Person des Königs und dann werden Sie aus dem

Art. 41 der Verfassung bedürfen, daß die Antwort ihnen nicht genügt, oder Sie bekommen eine Antwort unter Gegenzeichnung der Minister, über welche Sie sich beschweren können. Sie werden sagen, wir verlangen keine Antwort, sondern nur, daß auf unsere Wünsche eingegangen wird. Nun frage ich Sie, ob Sie durch eine solche Adresse Ihrem Ziele näher zu kommen glauben, oder ob Sie sich weiter davon entfernen. Ich verlange von jedem politischen Manne, daß er sich die Folgen seiner Schritte vergegenwärtigt und daß er keinen Erfolglosen thut, weil dessen Nachtheile raschmäßig auf ihn selbst zurückfallen. Aber ich irre mich nicht, wenn ich annehme, daß ein großer Theil der Redner, während er nach oben spricht, nach unten sieht. Ihr Augenmerk ist auf die Wirkung gerichtet, welche die Adresse im Volke hat. Auch in dieser Beziehung glaube ich, daß dies nicht das richtige Mittel ist, abgesehen davon, daß Sie dem Volke ein besseres Gesicht machen können, als diese Adresse. Wir sollten dem Lande zeigen, daß wir im Stande sind, etwas Positives zu schaffen. Die Adresse würde nur Aufregung erregen, ohne Erfolg zu haben.

Aus diesen Gründen waren wir bis gestern ganz entschlossen gegen den Erlaß einer Adresse. Seit gestern hat sich aber unser Standpunkt geändert. Auch heute können wir diese Adresse unsere Zustimmung nicht geben; wir glauben uns aber der Pflicht nicht entziehen zu dürfen, auf die förmliche Wortschatz eine Antwort zu geben. Diesen Charakter trägt das Amendement, welches wir gestellt haben. — Ich würde der Wahrheit zu nahe treten, wenn ich es nicht ausdrücke, daß der Konflikt nicht die Ursache, sondern nur das Symptom ist. Der Zwiespalt hat viel tieferen Grund, und weil er so tief liegt, hat der gegenwärtige Incidentenpunkt einen akuten Charakter angenommen. Wenn der Herr Referent geäußert hat, daß wir mit der Majorität denselben Standpunkt einnehmen, so muß ich das ablehnen. Meine Herren: Wir konstatieren eine Thatfache, Sie aber präjudizieren eine Entscheidung; wir stellen der Welt seit Sr. Majestät die Entscheidung anheim. Wir sind der Meinung, daß nicht die Regierung allein die Schuld an dem Konflikt trägt, sondern das Verhalten der Majorität des Hauses einen wesentlichen Theil daran hat. Allerdings hat die Majorität nur das verfassungsmäßige Recht des Hauses auszuüben, aber der Gebrauch ist vielfach von der Art gewesen, daß die Interessen des Landes dadurch nicht gefördert worden, der gegenwärtige Zustand aber dadurch herbeigeführt ist. Wenn ich somit die Differenzen besprochen habe, wenn ich erklärt habe, warum meine Freunde und ich Ihrem Entwurf nicht zustimmen können, wenn ich somit unsern Standpunkt gerechtfertigt habe, so will ich am Schluß nicht in Adresse stellen, daß in Ihrem Entwurf manche Grundgedanken enthalten sind, denen wir uns nicht verschließen wollen, wenigstens nicht in der Form ausgedrückt sind, wie wir wünschen können, wenigstens nicht in dem Sinne an, daß das preussische Volk die Achtung und Wahrung seines verfassungsmäßigen Rechts fordert; wir betreten nicht, daß die durch die Verfassung garantierte Verantwortlichkeit der Minister endlich ins Leben treten muß, wir sind endlich und schließlich mit Ihnen vollkommen darin einig, das Preussens Stärke allein beruht auf der Einigkeit zwischen Fürst und Volk, und daß diese Einigkeit nur Verbindung macht die Wechselseitigkeit von Vertrauen und Treue; wir wissen, daß wir dem äußeren Feinde nur dann mit ganzer Kraft gegenüberstehen können, wenn diese Einigkeit vorhanden ist. Wir hoffen und glauben, daß vorher diese Angriffe auch kommen mögen, Preußen stark genug sein wird, ihnen zu widerstehen, Angriffe, von denen wir wußten, daß sie durch eine weise Politik vermeiden wären, so weit dies mit der Ehre und Unabhängigkeit des Vaterlandes vereinbar ist, untern preussisches Vaterland, als des Vorkämpfers für deutsche Ehre und deutsches Recht. (Bravo.)

Die Schlußworte des Vortrags wendet sich zunächst gegen die Ausführungen Reichenspergers, der den Standpunkt der Minister in jeder gewandter Weise vertritt. Er sagt vom „verlorenen“ und „parlamentarischen“ Regiment sei die Geschichte vom „obersten Kriegsherrn“ alles eher als verfassungsmäßig. — Die Bedenken der Herren von der völkischen Partei seien unbestimmt. Die völkische Frage sei früher im Hause ausreichend besprochen und in der Adresse in dem Maße von der auswärtigen Politik genügend berücksichtigt, denn die völkische Frage stelle demselben darin selbstverständlich voran. Der Redner geht dann zu den Ausführungen des Vordrängers über. Auch dieser und seine Freunde seien nicht gegen eine Adresse. Man dürfe dieselbe aber nicht, wie jene wollen, auf den Incidentenpunkt beschränken. Er erinnere an die letzten Ereignisse; der Minister habe mit vollem Ernst neulich erst erklärt, Preußen sei ein Militärraht. Der laße sich aber mit dem Verfassungszustand nicht vereinbaren. Er erinnere weiter an die Vordränge bei Beratungen des Ministerpräsidenten, welche die Angelegenheit aller Volksworte, die auf diesen Bänken sitzen würden, den Ministern klar zu machen, daß sie auch dem irdischen Richter verantwortlich seien. — Man appelliere an die „Verständlichkeit“ und „Liebe“ damit die Schuld des Konflikts auf diese „Verständlichkeit“ und „Liebe“ verlegt werden könne. Die Minister von einem „Sande“ gesprochen, davon daß man etwas „hüten“ müsse. Nun die Regierung habe dem Hause nicht geboten, was es zu fordern berechtigt sei: die Minister zum verfassungsmäßigen Leben, die Bücherei für weiteres Gelingen der Verfassung und die Ehre für den Verfassungsbuch. Diese Forderung könne diese Ministerium nicht erfüllen, sonst müßte es zunächst sich selbst in Unklarheit setzen. Die Regierung aber verlange, man solle die vorhandene Ungeheftigkeit sanktionieren und dadurch zur Gehässigkeit zurückführen. Und dafür solle man das Recht haben, zu Allem „ja“ sagen zu dürfen! — Die Erfüllung dieses Verlangens führe zum Scheitern des Verfassungszustandes, der einzigen Form, in der in unseren Tagen der Absolutismus noch möglich sei. Aus diesem Schlußworte müsse man ihn hinausdrängen. Er könne sich nur halten durch die politische Klugheit und die politische Bescheidenheit (Beifall.) Dem sei entgegenzutreten. Das sei zum Bewußtsein zu bringen nach oben vor der Thron- und nach unten dem Volke. Denn jede Adresse habe zwei Seiten, das leugne er nicht. Von dieser Thronseite aus die politische Entwicklung des Volkes fördern helfen, sei eine ihrer wesentlichen Aufgaben. Nur vor einem sollte man sich hüten, die schlechtesten Leidenhaftigkeiten wachzurufen. Man habe dies in neuerer Zeit versucht, aber das fanden wir unseren Mann, diesem Verbrechen sind wir entgegengetreten. (Beifall.) Diese Verbrechen gingen aus von der Reaktion, sie sind nicht zu suchen in der heutigen Fortschrittstheorie! — Wie Loewe schon ausgedrückt, sei vor allem nach deutscher Einigkeit zu streben; an der Spitze Deutschlands zu stehen sei der Beruf Preussens. Dazu gehören aber fähige Staatsmänner. Bedauerlich sei, daß in der jetzigen Krise nicht Volk, das zum Kampf bereit sei, sich niedergedrückt fühlen müsse, wenn es auf unsere Führe über, und fühlen müsse, daß das deutsche Banner anderen Händen anvertraut werden müsse. Diese Lage der Dinge — schon spreche man von einem Appell an das Volk, von der Absicht, die Stimmen des Volkes zu zählen — mache es notwendig, die Lage des Landes der Krone vorzutragen. Man müsse und werde seine Schuldigkeit thun. Und in dem Kampfe habe das Volk einen Bundesgenossen: den Geist der Geschichte und des Fortschritts. Wer die Welt für sich habe, wer sich dem Geist der Geschichte entgegenstemme, der sei verloren. (Beifall.)

Der Schluß der Generaldebatte wird beantragt und angenommen.

Hg. Gneiß erwähnt in persönlicher Bemerkung gegen die Vorwürfe des Abg. Grafen Schwerin, indem er darauf verweist, wie er schon bei Beginn der Militärkommissions-Beratungen es ausgesprochen habe, daß das negative Verhalten der Regierung die unbedingte Verwerfung zur Nothwendigkeit machen werde. Abg. Graf Schwerin: Er zweifle nicht, daß der Herr Vordränger Gründe zu der Aenderung seiner Ansicht gehabt, aber er habe auch nur behauptet, daß diese Gründe für seine (des Redners) Partei nicht maßgebend werden konnten.

Untrüglicher Abg. Dr. Vitzthum: Er frage sich, daß die ganze Kommission trotz der Art ihres Zustandekommens, dessen Geheimniß Graf Schwerin mittelgehe, sich schließlich von der Nothwendigkeit einer Adresse überzeugt habe, und daß auch der Schwerinische Antrag in seinem Schlußabsatz sich dem Inhalt seiner Adresse nähere. Er sehe überhaupt keinen großen Unterschied in den Zielen beider Adressen. Es habe ihn schwer berührt, daß der Abg. Graf Schwerin, der es sonst mit der Form so streng zu nehmen pflegt, unsere Adresse für nicht konstitutionell erklärt. Derselbe habe vorgeschlagen, daß wir, indem wir nach oben hin sprechen, nach unten hin hören. Er habe von demselben Gesichtspunkte nichts in der Adresse gefunden. Die Adresse solle allerdings in der schwereren Bedenklichkeit des Landes dem Volke zeigen, wo es allein Hilfe zu suchen habe, und Befreiungen im Voraus als unkonstitutionell zurückzuweisen, die es ablenken möchten von der gesetzlichen und verfassungsmäßigen

Bahn. Die Abhülle sei notwendig, und deshalb sei es notwendig, daß der Weg derselben in bestimmter Weise in der Adresse bezeichnet werde. Dies thue der Entwurf der Kommission. Wenn der Schwerinische Entwurf dagegen dasselbe Ziel von der Weisheit Sr. Majestät hofft, so sei dies eine konstitutionelle Frage, die nichts davon ausbrücke. — Das Haus dürfe nicht allgemaine Aufforderungen an Sr. Majestät; sie seien hergeschickt, um offen und bestimmt zu erklären, was ihrer Ueberzeugung nach dem Nutzen des Landes am meisten fromme. Der Abg. Graf Schwerin wüßte, daß das Haus in Gesetzesform seine Willensmeinung und Absicht vor dem Lande darlegt, dann aber müsse das auch in ebenso positiver Weise bei dieser wichtigsten Frage geschehen. Man könne doch nicht, so lange das jetzige Ministerium bestesse, welches erklärt habe, es wolle das Haus erst auflösen, bis es vom Lande gehörig gefasst sei, die Abhülle in der Auflösung des Hauses verlangen. Wir halten uns für den Ausdruck der Majorität des Landes und das erkenne auch das Ministerium an, da es nicht zur Auflösung schreite. Das Ministerium werde doch nicht eine Auflösung seines Interesses vornehmen! (Seitert.) Es bleibe also nur übrig, um die Entlassung des Ministeriums zu bitten.

Der Abg. Reichensperger, der heute nicht gerade seinen besten Tag gehabt (Seitert), habe in diesem Passus der Adresse das Verbrechen entbittet, die parlamentarische Regierung zu etabliren. Aber er habe durchaus nicht die Absicht, Sr. Maj. zu bestimmen, aus den Reihen der Majorität seine Minister zu nehmen. Er könne dagegen vielmehr versichern, daß er und seine Freunde jedes Ministerium unterstützen würden, welches auf dem Boden der Verfassung ehrlich verharren werde und zwar als einfache Bürger und Abgeordnete. (Bravo.) Der Redner geht nun auf den Incidentenpunkt näher ein und führt aus, daß bei normaler verfassungsmäßiger Entwicklung des Staatensystems es dahin kommen würde, daß jeder Minister zugewählt, Mitglied des Parlaments sei und daß dann kein solcher Zwischenfall eintreten könnte. Er habe aus seinem Fache her kein Vertrauen zu Mitleiden, die gegen Symptome gerichtet seien und die auch nicht den gewöhnlichen Erfolg haben könnten. Man müsse den Sieg des Lebens selbst anerkennen, und dies erkenne der Schlußpassus der Schwerinischen Adresse auch an. Aber nicht erst seit dem Incidentenpunkte könne man mit dem Ministerium nicht mehr mit Erfolg verhandeln, sondern schon seit langer Zeit habe sich diese Ueberzeugung geltend gemacht.

Wenn der Abg. Graf Schwerin sage, sie seien nach unten, wenn sie nach oben sprächen, so könne es ihm dagegen, daß dieser und seine Freunde, wenn sie nach oben sehen, nach unten sprechen (Seitert). Der Abg. Schüle (Berlin) habe bereits die Hauptgesichtspunkte der Adresse entwickelt: sie solle im Volke das Rechtsempfinden, das stilles Gefühl erhalten und fester, das nöthig sei, um den Staat aus dem großen Konflikt unverletzt hervorgehen zu lassen. Es handle sich darum, dem Könige zu zeigen, daß das Ministerium das Volk und die Krone in Gefahr bringe. — Der Redner geht nun auf die Interpretation der Verfassung seitens des Ministeriums Bismarck ein, die nach und nach Artikel für Artikel derselben in Frage gestellt und sucht darzutun, daß diese Interpretationskunst in den Schreiben des Ministeriums vom 16. Mai den Gipfel der Kühnheit erklommen.

Der Redner erinnert im weiteren Verlaufe in Betreff der äußeren Politik an die bekannte Mittheilung des englischen Botschafters über die Unterredung des englischen Gesandten mit Sr. v. Bismarck, in welcher jener diesen darauf hinwies, daß wenn die Haltung der englischen Presse weniger preußenfreundlich sei als bisher, dies nichts zu thun habe mit der Haltung der preussischen Nation. Gabe man doch die Freunde zurückgegriffen, preußenfreundliche Blätter verboten zu. Schreie eine solche Lage nicht zum Himmel? — Was die Zulässigkeit von Adressen überhaupt angeht, so erinnere er daran, daß schon in den ältesten Zeiten die Stände Adressen an den Fürsten zu richten pflegten. Das Haus thue damit, was ihm überhaupt möglich sei. Er glaube zwar, daß die Volkvertretung auch mit ihrer Negativität liegen werde, aber im gegenwärtigen Fall sei die Positivität notwendig. — Der vorliegende Entwurf sei das Resultat des Bestrebens, möglichst allen Standpunkten gerecht zu werden, ohne das Prinzip zu verletzen. Sätten er und seine Freunde in dem einen oder andern Punkte, namentlich in Betreff der deutschen Frage, eine schärfere Fassung gewünscht, so seien sie doch damit einverstanden. Der Hauptpunkt sei die Beilegung des Ministeriums. Das Weitere werde sich von selbst ergeben. (Er bitte alle Seiten des Hauses, die Adresse anzunehmen, die sein solle für Sr. Maj. ein Vorwurf über die gegenwärtige Lage, die unbillige Behandlung der Verfassungsfrage und für das Volk eine Aufforderung, sich zu halten an der Verfassung und seinem Rechte.) (Bravo.)

Zur vorläufigen Bemerkung verlangt hierauf das Wort der Abg. v. Vincke (Stargard): Er habe nie die Regierungsfähigkeit der Fortschrittspartei in Abrede geschrieben, ebensowenig habe er seinen Freunden eine eminente Regierungsfähigkeit zugesprochen. Was ihn persönlich angeht, so erkläre er, daß ihm weder die eine noch die andere Partei für geeignet halte zum Minister. Uebrigens könne er es gar nicht billigen, wenn die Partei des Abg. Vitzthum darauf verzichte, ein Ministerium zu bilden, dann bliebe also nur übrig, daß sie immer nur in der Opposition bleiben und agitiren wolle.

Abg. Graf Schwerin: Er habe nicht die Geheimnisse der Kommission ausgeplaudert, sondern habe seine betreffenden Kenntnisse nur aus der Kammerkorrespondenz geschöpft. Der Abg. Vitzthum habe ferner von gewissen Männern gesprochen, die sich hätten überzumpelt lassen, zu denen er auch wohl habe gehören sollen; er könne aber nicht zugeben, daß er jemals überzumpelt worden sei, er vertrete, was er als Minister gethan, vollständig noch jetzt.

Abg. Vitzthum: Es sei Unrecht, daß der Abg. v. Vincke der Fortschrittspartei den Vorwurf der bloßen Agitation mache, da sie kein Ministerium zu bilden beabsichtige, weil der Abg. v. Vincke sich doch selbst in der Lage befinde, nicht Minister werden, also wohl nur agitiren zu wollen. (Große Seitert.) Uebrigens habe er durchsicht aus nicht gesagt, daß nicht nöthigenfalls seine Partei ein Ministerium zu bilden fähig und gewillt sein würde, er habe nur gesagt, daß seine Partei dem Könige nicht sich selbst als Ministerium empfehle, sondern jedes verfassungstreue Ministerium, das Sr. Maj. ernennen würde, unterstützen wolle.

Nach kurzer Replik des Abg. v. Vincke und nach wenigen Bemerkungen des Abg. v. Arnim, der mittheilt, daß Petitionen aus Solingen und Breslau über den Vorfal vom 11. Mai eingegangen seien und diese durch die Adresse ihre Erlebigung finden würden, wird die Frage, ob eine Adresse an Sr. Maj. den König zu erlassen, einstimmig bejaht.

Man geht zur Spezialdiskussion zunächst über den ersten den Incidentenpunkt betreffenden Abschnitt. Abg. v. Vincke: Er wolle nur konstatiren, daß in dieser ganzen Angelegenheit die Regierung sich in taktischen Fehlern selbst übertroffen habe. Der erste Vorfal, der Konflikt zwischen dem Kriegsminister und dem Vicepräsidenten, habe die Majorität, welche über die Frage, ob das Militärgesetz zu amendiren oder zu verwerfen sei, in Zwiespalt geraten, wiederum geent. Dann sei das zweite Schreiben des Ministeriums gekommen, welches, bestürzt gefaßt, außerordentlich schlecht formulirt gewesen sei, da habe sich noch eine größere Majorität über die bis dahin bestrittene Frage geent. Endlich nach Enttrefen der Königlichen Wortschatz hätten sogar die Minister, „in deren Munde über die Lage des Landes fallen“, ihren unwillkürlichen Widerspruch gegen eine Adresse ausgesprochen. Der Referent habe die Lage des Landes fallen lassen, sei jeder taktische Fehler sich rade. Der Referent habe sich mit Unrecht gefaßt, die Regierung bestoße das System, das Haus mit Nichtachtung zu behandeln. Der Ministerpräsident namentlich habe sich wiederholt öffentlich, höchst unwürdig ausgesprochen und gerirt. Andererseits seien aber auch Kräfte gegen die Regierung gefallen, von denen er behaupten müße, daß dieselben dem Ansehen des Hauses nachtheilig gewesen seien. Redner führt eine Reihe von Beispielen an, in denen den Ministern u. A. der Vorwurf der Willkür, Abenteuerlichkeit u. s. w. gemacht wurde. Diese Mißbräuche, von denen er annehmen müsse, daß der Präsident sie nicht gehört habe, seien ungenügend geblieben, obwohl sie offenbar Injurien gewesen seien, auf welche ein Ordnungsurtheil hätte erfolgen müssen. Kränkender aber als Beleidigungen sei Solin, gegen den ein Ordnungsurtheil nicht einmal möglich sei, und dieses Mittels habe sich der Ministerpräsident wiederholt in einem solchen Maße bedient, daß er, Redner, wiederholt sich veranlaßt gesehen habe, unmittelbar nach Sr. v. Bismarck auf das Wort zu verstoßen. In beiden Adressentwürfen sei die Regierung jenenmal wiederlegt; er könne für den ersten Passus beider Adressen stimmen. Die, welche von Graf Schwerin an erster

Stelle unterzeichnet und, wie er ja wohl sagen können, von dem verehrten Manne neben ihm (Simson) ausgegangen sei, schein ihm milder. Er bitte, bei der Abstimmung auch diesen Entwurf zu theilen, da er nicht für alle Sätze desselben stimmen könne.

Auf Antrag des Abg. Heidenreich wird die Diskussion geschlossen und der erste Abschnitt des Commissionsantrages mit großer Majorität angenommen. (Dagegen nur die Feudalen, die katholische Fraktion, die Ultraliberalen, dafür die Fortschrittspartei, das linke Centrum, der parlamentarische Verein, v. Vinke (Stargard).

Gegen den zweiten Abschnitt des Commissions-Entwurfes erklärt sich Abg. v. v. Vinke (Stargard): Es werde in demselben davon gesprochen, daß eine Rückkehr zu den verfassungsmäßigen Zuständen noch nicht erfolgt sei. Er müsse doch konstatieren, daß, soweit es das Budget betrifft, am 31. März eine Vorlage gemacht sei, über welche die Budgetcommission bis heute noch keinen Bericht erstattet habe. Ferner müsse sich gegen den Satz erklären, worin behauptet wird, daß die Minister fortführen, verfassungswidrige Grundzüge offen auszusprechen. Er habe einen solchen Ausdruck nicht vernommen, mindestens müßte man solche Vorwürfe spezialfassen. Abg. v. Vinke habe viele Fälle von Gesetzesübertretungen angeführt und auch des Falles mit dem Abgeordneten v. Niegolewski erwähnt: es sei dies eine einseitige Beschwerde, über welche er sich kein Urtheil erlaube. Er werde gegen dieses Alinea stimmen.

Die Diskussion ist geschlossen. — Der Referent erwidert, daß die Regierung, statt eine Ineduität einzubohlen, sich darauf beschränkt habe, eine Vorlage wegen Staatsüberschreitungen zu machen, die nicht als Stellung zu betrachten sei. Abg. v. Vinke bemerkt als Referent der Budgetcommission, daß die Vorlage der Regierung zu unvollständig sei, daß sie sich gar nicht habe beraten lassen. Sie sei auch unannehmbar, weil durch die Annahme der verfassungswidrigen Zustand sanktionirt würde. Alinea II. wird angenommen. (Ultraliberalen mit v. Vinke, Katholiken, Feudalen dagegen.)

Zu Abschnitt III. (Rückblick auf die Militärdette) wagt Abg. Baldees seinen, der Anwendung feindlichen Standpunkt. Er erkläre in dem Alinea nur eine Erwähnung auf die Vorkasse Sr. Maj. des Königs; es müsse dem König gesagt werden, daß nicht das Haus den Zweck der Session erreicht habe. Dieser Zweck sei die Wahrung der Rechte des Volks auf den parlamentarischen gesetzlichen Weg. Er besto dies herov gegenüber den schmähslichen Verunglimpfungen, die vorgehen im Verrennhaufe laut geworden; da sei man so weit gegangen, die Regierung aufzuordern, sie solle ohne Budget regieren, in der russischen Politik fortfahren u. s. w. Das würde für einen englischen Lord etwas Unerhörtes sein. Die Verleumdungen und Verunglimpfungen der Mitglieder dieses Hauses gerichten nicht zur Ehre jen es Hauses; ein solches Verfahren öffne dem Volke die Augen, verdiene aber eine ernste Klage. (Bravo!)

Der Schluß der Diskussion über Alinea 3 ist beantragt und wird angenommen. Auf der Rednerliste stand noch Abg. v. Vinke (Stargard). Die vorige Majorität nimmt auch diesen Satz an.

Zum vierten Alinea (Äußere Politik) spricht Abg. Heidenreich (Bismarck). Er findet in diesen Punkte den deutschen Schattenkaiser des Nationalvereins, hält ihn auch für unklar. Was heißt „Wiederherstellung der Macht und Einheit Deutschlands“? Die Zeiten des alten deutschen Reichs, das auch keine Einheit gewesen, seien doch vorüber. Das in Frankfurt unter Mitwirkung des Redners im Jahre 1849 vereinbarte Deutschland könne doch auch nicht gemeint sein, auf dieses passe das Wort „Macht“ nicht. Redner ist überhaupt gegen deutsche Einheit, die vom Imperialismus untrennbar sei. Die deutsche Einheit sei auch unmöglich, wie Robert Mohl ausgeführt.

Die Abstimmung über den Schlußantrag bleibt zweifelhaft. Daher erhält noch Abg. v. Vinke (Stargard) das Wort: Die vom Vordredner angeführten Worte Mohls sprächen nicht gegen deutsche Einheit, aus ihnen sei nur der engere Bund und das Ausschließen Oesterreichs aus demselben zu deduzieren. Der Ausdruck des Passus sei in der Form mangelhaft; die Regierung sei deshalb nicht zu tadeln, weil sie dem

vollständigen Aufstand entgegengetreten. Der Redner führt seine bekannte Ansicht von der Verderblichkeit eines politischen Reichs für Preußen aus. Feinde ringsum! würde nicht bloß die gegenwärtigen Minister zu rufen haben. Die historische Stellung Preußens vielmehr bedinge seine zahlreiche Gegner in Europa.

Alinea 4 wird mit derselben Majorität wie die beiden vorhergehenden angenommen. Zu Alinea 5 (Unmöglichkeit, mit den gegenwärtigen Ministern zu verhandeln) ergreift Abg. v. Vinke (Stargard) unter Zeichen der Ungebul eines großen Theils des Hauses das Wort. Dieser Passus enthalte eine Wiederholung von früher an die Krone gerichteten Ausprüchen und schwäche dieselben daher nur ab. Die Wiederholung könnte nur einen Mißerfolg haben. Die eine in diesem Passus ausgesprochene Alternative, Auflösung des Hauses, sei auch für jene Seite nicht zu wünschen, denn Neuwahlen würden auch eine Anzahl der Männer in dieses Haus führen, die Gegner des zwar nicht großen, aber verdienstvollen Mannes Schulze (Berlin) sein würden.

Abg. Simson richtet zuerst einige witzige Ausfälle gegen „die Parze des Hauses“, dessen „Rapidität im Orientirsein in jedem Discussiongegenstande“ er bewundere, gegen den Abg. Heidenreich, von dem er heute ein weniger strenges Regiment erwartet habe, da derselbe selbst auf der Rednerliste gestanden. Andererseits wirft indessen der Redner doch der Debatte vor, daß sie allzuweit ausgebreitet habe. Kein Paragraph der Verfassung, kein Gegenstand der parlamentarischen Debatte betrahe, Polen, Schleswig-Holstein, das deutsche Reich von 1848 — alles sei mehr oder weniger ausführlich und wiederholend heute zur Sprache gekommen. Der Abg. v. Vinke hat den angelegentlichsten Bemühungen seiner ehemaligen politischen Freunde als etwas zufälliges dargestellt. In der königl. Vorkasse befinden sich drei Passus über die bekannten Vorgänge, die uns zu der Vermuthung veranlassen, Se. Majestät sei schlecht informiert gewesen. Die appellatio a rege male informato ad regem melius informatum ist das älteste deutsche Rechtsmittel, in seiner Einzigung kann man nicht, wie Herr Meichenberger behauptet, eine Verlegung des Königs finden. Herr Meichenberger vermisst in den königlichen Berichten die Erwähnung der unaristokratischen Zone, hat er aus Emilia Galotti nicht gelernt, daß man einen Ton nicht vorwerfen sollen. Sollen wir gar noch Abstrusitäten der Scene befragen? (Grußruf.) Der dritte Passus der königl. Vorkasse, die als ein Werk der verantwortlichen Minister kritisiert werden darf, bezieht auf die Voraussetzung, daß wir eine Erklärung abgeben könnten, und daß sie ein gebedliches Zusammenwirken zwischen uns und diesem Ministerium ermöglichen würde. Meine Herren, diese Voraussetzung beruht auf einer falschen Information. (Bravo.) Zwischen uns und diesem Ministerium ist ein gebedliches Zusammenwirken niemals möglich (Bravo), und hierüber sind wir dem Könige volle Wahrheit schuldig. Ich bezweifle nicht, mit welchem Schein von Recht uns vorgerufen wird, daß wir ohne Beantwortung diesen Satz in die Adresse hineinzusetzen haben. Wir sind dem Könige volle Wahrheit schuldig, nicht bloß über die — ich möchte sagen — elende Geschäftsordnungsfrage, sondern über den Kern der Sache. Dieser Satz bildet einen notwendigen Theil unserer Adresse, ich hoffe, der Antragsteller wird in die Uebung nicht willigen. Ich will meine Adresse ganz angenommen sehen, oder gar nicht. (Beibehalten Bravo.)

Der Schluß wird beantragt und angenommen. Der fünfte und sechste (letzte) Passus wird mit großer Majorität ohne Debatte angenommen. — Graf Schwerin erklärt, seine Adresse drücke einen untheilbaren Gedanken aus und könne deswegen bei der Abstimmung nicht geteilt werden.

Es folgt Namensanruf über die Schwerin'sche Adresse. Derselbe wird abgelehnt mit 27 gegen 41 Stimmen; die Minorität besteht aus den Ultraliberalen (Abg. v. Vinke (Stargard) stimmt mit Nein), einem Theil der Fraktion Lette und einigen Mitgliedern der katholischen Fraktion.

Der Adressentwurf der Commission wird angenommen mit 239 gegen 61 Stimmen; die Minorität bilden die Ultraliberalen, die katholische Fraktion, die Feudalen und die Polen, auch der Abg. Senf.

Bekanntmachungen. Auction.

Wegen Aufgabe der Wirthschaft sollen in **Edward Kloßschen Gute in Teutschenthal**

Donnerstag d. 28. Mai c. N. 9 Uhr zwei gute Pferde, 1 Fohlen, 5 neumiltende Kühe, 1 Ferkel, 3 Schweine, 1 Wäschrolle, 1 guter Ackerwagen, 1 Kutische, mehrere andere Ackergeräthe und dergleichen mehr öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung verkauft werden, wozu Kauflustige sich einfinden wollen.

Einem geehrten Publikum mache hiermit die ergebene Anzeige, daß ich mich an hiesigen Plage als Kupferschmiedemeister niedergelassen habe und empfehle mich bei Neubauten sowohl, als auch bei allen in mein Fach einschlagenden Reparaturen unter Versicherung reeller und prompter Bedienung ganz ergebens.

Gleichzeitig erlaube mir ein geehrtes Publikum auf mein Lager fertiger Kupferwaaren aufmerksam zu machen. **Landsberg b. Halle, im Mai 1863.**
Emil Sachtler.

Ein erfahrener, geschäftskundiger Mann, cautionsfähig, wünscht seine Kenntnisse irgendwie zu verwerthen, sei es als Rechnungsführer, Inspektor, Aufsichtsbeamter in einer Fabrik, Bergwerk oder bei einem sonst. industri. Unternehmen. Gefällige Anerbietungen befördert **Ed. Stückrath** in der Exped. d. Btg. unt. Chiffre **L. M. 3.**

Rümpelpflanzen zu 50 Morgen bei dem Fleischermeister **Peter** zu Gerbitzd.

Ein kräftiger Bursche, welcher Lust hat die Müllerprofession zu erlernen, kann sofort antreten. Näheres bei **Hrn. L. Ehrenberg**, Landwehrstraße Nr. 6.

Dresdener Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Wir versetzen nicht, hierdurch ergeben zur Anzeige zu bringen, daß wir die Herren **Klinkhardt & Schreiber** in Halle a S. als General-Agenten für die königl. Preussischen Regierungsbezirke **Merseburg und Erfurt**

ernannt und dieselben in solche Stellung bereits eingeführt haben. Wir bitten, unseren genannten Herren Vertretern das Wohlwollen, welches unserer Gesellschaft bisher zu Theil geworden ist, zu erhalten resp. zu übertragen und erlauben uns im Uebrigen auf die Annonce unserer General-Agentur Halle vom heutigen Tage Bezug zu nehmen. **Dresden, den 15. Mai 1863.**

Die Direction der **Dresdener Feuerversicherungs-Gesellschaft.**
Hartmann.

Dresdener Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Die Gesellschaft übernimmt Versicherungen auf **Gebäude aller Art, Mobiliar, Gegenstände der Landwirtschaft, Diemen (Feimen oder Varmen), Vieh;**

fabriken, Maschinen, Waaren zc. und **Fluß- und Land-Transport-Güter**

zu festen und billigen Prämien, also ohne alle Nachzahlungen. Die Gesellschaft bietet vollständige Garantie und wird in jeder Beziehung, sowohl bei Aufnahme von Versicherungen, als bei Regulirung der Brandschäden, das Vertrauen des Publikums rechtfertigen. Antragsformulare und weitere Nachrichten werden gern und unentgeltlich ertheilt und das Nöthige zur Aufnahme von Versicherungen durch die Unterzeichneten **(Neue Promenade Nr. 16)** prompt besorgt.

General-Agentur Halle a/S.
für die Regierungsbezirke **Merseburg und Erfurt.**
Klinkhardt & Schreiber.

Freiburger und Portland Cement, Dachschiefer, Feuersichere Zeolith-Steinpappe, Asphalt, Flurfliesen von Schiefer und Marmor, Gyps und Trass offeriren billigst
B. Schmidt & Co.

Gebauer-Schweigsche Buchdruckerei in Halle.

St. Romans Zauberkünste.

Am ersten Feiertage Abends hatte sich im hiesigen Stadttheater eine ziemlich zahlreiche Gesellschaft eingefunden, um sich durch die sogenannten Zauberkünste, die der hier noch unbekannte „Magiker des Nordens“, wie sich St. Roman nennt, vorzuführen verheissen hatte, unterhalten zu lassen. Unter den Zuschauern wird wohl kaum Einer gewesen sein, der in der Erinnerung an Bart. Bosco aus Brescia oder an Dobler und viele andere Taschenspieler, von welchen unsere altberühmte Mäsen-, Salz- und Handelsstadt nur zu häufig heimgefuhr wird, nicht mit einiger Aengstlichkeit dem Auftreten des unbekanntenen Zauberers entgegengehehen hätte. Aber die Besorgnis, nur Bekanntes und Altes, das wir entweder schon gesehen oder worüber wir in Bella's „Magie“, in Wiegels „Natürlicher Chemie“, oder in Edartshausens „Zauberkräftiger Natur“ bereits ausführliche Nachrichten erhalten haben, wieder sehen zu müssen, setzte sich bald in Theilnahme und Beifall um. Und diesen Beifall verdiente der junge, lebhaft prädestinirte, mochte er als Jongleur mit den Karten und dem Schwerte in der Hand oder als Pilarius mit einer zahllosen Menge von Hüllen und Messingringen oder als Sacularius, d. h. Taschen- und eigentlicher Sachkünstler auftreten. Waren auch einige von seinen Stücken nicht neu, so erschwärte er dies durch die Art der gefälligen und präcisen Ausführung, z. B. bei den Fischen. Das regste Interesse erweckten dagegen die neuen Stücke, z. B. die Blumenuhr, das Ballspiel in der Glascaquette und die Verfertigung der Kanarienvogel. Zu allen seinen Darstellungen bedarf Roman keines aufgesetzten Apparates, um das Auge der Zuschauer zu blenden, sondern er hat nur wenige Beden und Gläser nöthig, und mit ihnen weist er seinen Leistungen ein nettes, elegantes Ansehen und präcise Ausführung zu geben.

Fremdenliste.

Kugelommene Fremde vom 23. bis 26. Mai.
Stadt Zürich. Hr. Ingen. Selbing a. Dresden. Hr. Privatm. Becker a. Magdeburg. Die Hrnn. Kauf. Kürge a. Köln, Gorgas a. Braunshweig, Sprung u. Meinede a. Dresden, Zinkgraf a. Bertsheim, Käufer a. Grefeld. Hr. Zahnarzt Dr. Sürjen m. Gem. a. Berlin. Hr. Hofzahnarzt Dr. Heiting m. Gem. a. Leipzig.
Goldner Löwe. Hr. Fabrik. Kross a. Northausen. Hr. Oberlehrer Benna bad a. Magdeburg. Hr. Archt. Krafft Müller a. Strelitz. Hr. Agent Fortsmann a. Berlin. Die Hrnn. Kauf. Wötiger a. Leipzig, Rosenfranz a. Plauen, Kräbner a. Stettin. Frau Dr. Koblshüder m. Tochter a. Dresden.
Stadt Hamburg. Sr. Graf. Graf Bassow m. Kam. u. Dienersch. a. Meckl. Schwertn. Hr. Rittergutsbes. Baron v. Dangera a. Stockholm. Hr. Kient. Nobel a. Sangerhausen. Hr. Prof. Giesebrecht a. Stettin. Hr. Bergw. Erdmenger u. Hr. Hüttenmstr. Klette a. Giesleben. Die Hrnn. Kauf. Beinrichsdorf m. Frau a. Stolp, Lahn a. Laagen, Gandermann a. Heiligenstadt, Holberg, Salomon u. Japba u. Frau Egels a. Berlin.
Reine's Hôtel. Hr. Rittergutsbes. v. Heineden m. Gem. a. Burgdamm. Die Hrnn. Gutsbes. Schröder m. Gem. a. Frauenholz, Papsche a. Lebn. Die Hrnn. Kauf. Krich a. Stettin, Heinrich a. Breslau, Müller m. Frau a. Berlin, Papa a. Walda. Hr. Rent. Wagemann a. Hannover. Hr. Insp. Bernhardt a. Remberg.
Hôtel zur Eisenbahn. Die Hrnn. Kauf. Weber a. Stolberg, Herrmann m. Frau a. Leipzig, Rade a. Spandau, Stolpe a. Götlin, Wittich a. Stettin, Reischel a. Berlin. Die Hrnn. Restaurat. Stieme u. Teichler a. Berlin. Hr. Staatsrath Fohn m. Frau a. Eisenach. Hr. Revifor Schulte m. Frau a. Artern. Hr. Maschinenmstr. Wölter a. Jellerfeld.

Meteorologische Beobachtungen.

25. Mai.	Morgens 6 Uhr.	Nachmitt. 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.	Tagesmittel.
Rufdruck . . .	331,47 Par. L.	331,95 Par. L.	333,09 Par. L.	332,17 Par. L.
Dunstdruck . .	2,57 Par. L.	2,11 Par. L.	2,99 Par. L.	2,56 Par. L.
Rel. Feuchtigkeit	76 pCt.	39 pCt.	90 pCt.	68 pCt.
Rufwärme . . .	6,0 C. Rm.	11,6 C. Rm.	5,8 C. Rm.	7,8 C. Rm.

Bekanntmachungen.

Nothwendiger Verkauf
beim Königl. Preuss. Kreis-Gerichte
zu Halle a. d. E.

I. Abtheilung.
Das dem Gutsbesitzer **Conrad Becker** zugehörige, im Hypothekencbuche der vormaligen eremiten Güter eingetragene Grundstück: „Das in der Grafschaft Mansfeld belegene Rittergut Stenden, Antheil der **Friedrich Vollrath Ehrenberg'schen Erben**“, nach der, nebst Hypotheken Schein, in der Registratur (— eine Treppe hoch, Zimmer Nr. 15 —) einzusehenden Zare, abgeschätzt auf
19,951 R^r 10 S^r 7 L^r,

am 14. October 1863
Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle hieselbst, 1 Treppe hoch, Zimmer Nr. 11, vor dem Deputirten Herrn Kreisgerichtsrath **von Landwüst** meistbietend verkauft werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekencbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihre Ansprüche bei dem Substitutions-Gerichte anzumelden.

Die unbekanntenen Erben des als Hypothekengläubiger eingetragenen Ziegelsteinschäfers **Wilhelm Meier** zu Leutzenthal werden hiermit öffentlich vorgeladen.

Das den **Geißel'schen Erben** gehörige hiesige **Salzfoth** zum **Sperber** (eines der größten Kothe) soll mit voller Besatzung

- (1 Quart Deusch,
- 1 1/2 = Gutsjahr und
- 1 = Meter)

auf
Freitag den 29. Mai cr.
Vormittags 11 Uhr

meistbietend verkauft werden.
Hiermit von den Besitzern beauftragt, lade ich Kaufsuffige zu diesem Termine in meiner Expedition (Brüderstraße Nr. 7) ein.
Halle, den 4. Mai 1863.

Der Justizrath **Fritsch**.

Freiwillige Substitution.

Das dem verstorbenen Handarbeiter **Andreas Bornemann** und dessen noch lebender Ehefrau **Dorothee Bornemann** geb. **Höppner** gehörige, in hiesiger Stadt auf der sogenannten Freiheit belegene Nr. 31 eingetragene Wohnhaus mit Zubehör, insbesondere der demselben zugelegten Weide-Abfindung von an-

gebig 52 □ Ruthen, abgeschätzt 93 R^r, soll Behufs Erbtheilung im Wege freiwilliger Substitution auf

den 23. Juni d. J.
Nachmittags 3 Uhr

an Gerichtsstelle hieselbst verkauft werden.
Die Zare des Grundstücks und die Verkaufsbedingungen können in unserer Registratur eingesehen werden.

Sonnern, am 2. Mai 1863.
Königl. Kreis-Gerichts-Commission.

Der dem **Steinhauer Julius Robert Schubert** in Droyßig gehörige Steinbruch in **Häfler Flur**, nebst dem Steinlager von circa 3 Morgen, einem neuen Arbeitshaufe, einer Erdwinde, den Geräthschaften und vorräthigen **Steinhauer-Arbeiten** soll aus freier Hand verkauft werden.

Kaufsuffige ersuche ich ihre Gebote binnen 4 Wochen bei mir abzugeben.
Zeit, den 8. Mai 1863.

Der Rechts-Anwalt **Schumann**.

Kirchen-Verpachtung.

Die der hiesigen Kammerei gehörige diesjährige Kirchnutzung soll auf
den 4. Juni d. J. Vormitt. 10 Uhr
an Magistratsstelle hier unter den im Termine bekannt zu machenden Bedingungen meistbietend verpachtet werden, wozu wir Pachtuffige hierdurch einladen.

Freyhurg, am 22. Mai 1863.
Der Magistrat.

Obst-Verpachtung.

Die diesjährige Kirchn- u. Obfnutzung des Rittergutes **Groest** soll
Freitags den 5. Juni d. J.
Vormittags 10 Uhr

auf dem genannten Rittergute unter den im Termine bekannt zu machenden Bedingungen meistbietend verpachtet werden.

Der vierte Theil der Pachtsumme ist sofort nach ertheiltem Zuschlage anzugeben.
St. Ulrich, den 23. Mai 1863.

Das **Dominium Groest**.

Anzeige.

Der Unterzeichnete wird an jedem letzten Freitage des Monats von Nachmittags 3 Uhr ab im **Thomas'schen Gasthof** zu Saubach zur Aufnahme von Verträgen, Klagen u. s. w. anwesend sein.
Wiche, den 23. Mai 1863.

Der Rechtsanwalt und Notar
Serold.

Obst-Verpachtung.

Die diesjährige Kirchn- u. Obfnutzung des Rittergutes **Zingst** soll

Montag den 8. Juni d. J.
Vorm. 10 Uhr

auf dem genannten Rittergute unter den im Termine bekannt zu machenden Bedingungen meistbietend verpachtet werden.

Der dritte Theil der Pachtsumme ist sofort nach ertheiltem Zuschlage anzugeben.
St. Ulrich, den 23. Mai 1863.

Das **Dominium Zingst**.

Ein Rittergut

in 1 1/2 St. p. Chaussee von Breslau zu erreichen, 1/4 St. von der Bahn und 1/2 St. von einer Zuckersfabrik entfernt gelegen, hat 750 Mg. Areal, durchweg Weizenboden, und zwar 580 Morg. unterm Pfluge, 100 Morg. fischrige Wiesen in einem Plan, 50 Morg. leb. Hölzer, das Uebrige, Hof, Garten etc., leb. wie todt's Invent. vollkänd. und im allerbesten Zustande, Gebäude durchweg massiv, herrschaftl. Wohnhaus von großem Garten umgeben, Hypotheken fest, ist für 75,000 R^r bei 25,000 R^r Anzahlung zu verkaufen.

Ein Rittergut, in 4 St. p. Chaussee von Breslau zu erreichen, in der besten Gegend Schlesiens gelegen, enthält 2600 Morg. Areal, größtentheils Boden I. Klasse, wovon 1600 Morg. Acker, 130 Morg. Wiesen, 800 Morg. Wald, das Uebrige, Hof, Garten etc., leb. Invent. 1500 Schafe, 40 Pferde, 110 St. Rindvieh, todt. Invent. vollständig; sämmtliche Gebäude neu und massiv gebaut, großes herrschaftl. Schloß im Garten liegend, Dampfbohnerei zu 7000 Quart Maischbetrieb täglich. Schulden nur Pfandbriefe, ist für 150,000 R^r bei 30 bis 40,000 R^r Anzahlung zu verkaufen. Auch können andere Güter in jeder beliebigen Gegend, Größe, wie Bodenbeschaffenheit nachgewiesen werden durch **S. Hecht** in Breslau, Prob.- und Commiss.-Geschäft, Neuschkestraße 33.

Sonntag d. 7. Juni a. c. Nachmittags 3 Uhr sollen die **Maurer-, Zimmer- und Erdarbeiten** der neu zu erbauenden Schule zu **Lochau**, im **Wohler'schen Gasthof** daselbst, unter den im Termine bekannt zu machenden Bedingungen öffentlich mindestensfordernd verbunden werden. Die Anschläge liegen im Comtoir der Mühle zu Wesenitz vom 30. dieses Mts. zur Einsicht aus.

Um Irrungen zu vermeiden, bitten wir auf unsere Firma genau zu achten.

Gebrüder Ziegler,
große Märkerstraße Nr. 26.

Bräuerei-Verpachtung.

Die Lagerbier-Bräuerei auf dem Gräflich Hohenthal'schen Majorats-Nittergute

Wartenburg

bei Wittenberg

soll vom 1. Juli dieses Jahres an auf sechs Jahre meistbietend verpachtet werden.

Die Pachtlustigen werden ersucht, sich den zwölften Juni 1863.

Vormittags 11 Uhr

im Schlosse zu Wartenburg einzufinden, nach bewirktem Vortrage der Pachtbedingungen und resp. nach geschobenem Nachweise ihrer persönlichen und Vermögensverhältnisse die Pachtgebote abzugeben, worauf dann Seiten der Guts-herrschaft, welche sich die Auswahl unter den Licitanten vorbehält, Entschlie-ßung gefaßt werden wird.

Die Pachtbedingungen, sowie die Verzeichnisse über die Gebäude u. Bräuerei-Inventarien sind in der Canzlei alhier einzusehen, können auch auf Verlangen gegen Erlegung der Copialien abschriftlich mitgetheilt werden.

Gräflich Hohenthal'sches Güterverwal-tungsamt Püchau bei Wurzen im Königreich Sachsen, am 18. Mai 1863.
Schneider, Director.

Nitterguts-Deconomieverpachtung.

Die Deconomie des im preussischen Herzogthum Sachsen, Kreis Zeitz, und zwar in der Gegend Zeig-Alttenburg ge-legenen Gräflich Hohenthal'schen Allo-dial-Nittergutes

Wildenborn

soll vom 1. Juli 1863 ab auf 12 Jahre meistbietend verpachtet werden.

Die Pachtlustigen werden ersucht,

den fünfzehnten Juni 1863,

Vormittags 11 Uhr

im Herrenhause zu Wildenborn sich einzufinden, nach bewirktem Vortrage der Pachtbedingungen und resp. nach ge-schobenem Nachweise ihrer persönlichen und Vermögens-Verhältnisse die Pacht-gebote abzugeben, worauf dann Seiten der Guts-herrschaft, welche sich die Aus-wahl unter den Licitanten vorbehält, Entschließung gefaßt werden wird.

Hierbei ist zu bemerken:

- 1) daß das zur Verpachtung bestimmte Areal
ca. 900 Morgen, als:
ca. 720 Morgen Felder,
= 70 = Wiesen,
= 30 = Gärten,
= 10 = Teiche,
= 50 = Gütungen,
= 20 = Gebäude und
Kosträume,

beträgt,

- 2) daß bei Antritt des Pachtens eine baare Pachteantion von Vier Tau-send Thalern zu erlegen, und
- 3) daß das vorhandene lebende und todte Inventar an Vieh, Wirth-schaftsgeräthen u. von dem antret-enden Pächter käuflich zu überneh-men ist.

Die näheren Pachtbedingungen, sowie die Verzeichnisse über die zu verpachten-den Furstücken, über Aussaatz, Inven-tarien u. sind in der Canzlei alhier ein-zusehen, können auch auf Verlangen gegen Erlegung der Copialien abschriftlich mitgetheilt werden.

Gräflich Hohenthal'sches Güterver-waltungsamt Püchau bei Wurzen,
am 22. Mai 1863.
Schneider, Director.

Ein Commis und 1 Lehrling für ein Ma-terialwaaren-Geschäft verbunden mit anderen Branchen werden gesucht.
Anmeldungen nimmt Ed. Stückrath in der Exp. d. Ztg. entgegen.

Kirchenerpachtung.

Mittwoch den 3. Juni cr.

Nachmittags 2 Uhr

sollen die zur Deconomie Porta gehörigen Kirchennutzungen unter dem in Termin bekannt zu machenden Bedingungen meistbietend ver-pachtet werden. Bemerk wird, daß ein Dritt-theil der Kaufsumme sofort angezahlt werden muß.

C. W. Jäger.

Auf

den 1. Juni d. J.

Vormittags 9 Uhr

soll die Südkirchennutzung an der Kreis Chau-see von Stumsdorf bis an die Kreisgrenze bei Ploetz in einzelnen Parzellen an den Meist-bietenden

im Gasthose zur Linde in Dstraun verpachtet werden.

Zoerbig, den 25. Mai 1863.

Namens der kreisständischen Commission:

Köppe.

Maßvieh-Auction in Merseburg.

Mittwoch den 3. Juni cr. Nach-mittag 2 1/2 Uhr sollen im Decono-miegute des Herrn Bräuereibesitzer und Magistratsassessor Berger al-hier, neben dem Bahnhofe,

8 Stück schwere, fette Ochsen,
10 Stück fette Schweine
meistbietend gegen Baarzahlung ver-kauf werden.

Merseburg, den 23. Mai 1863.

Rindfleisch, Kreis-Auct.-Commiff.

Ein dreigängiges, massives und mit eisernem Zeug in besser Nahrung und Kundtschaft stehen-des Mählengrundstück, 6 Stunden von Leipzig, oberflächlich, wovon jedoch nur 2 Gänge bestimmt zu jeder Jahreszeit gehen, soll nebst 22 Morgen ausgezeichneten Landes mit vollständig stehender Ernte und vollem Inventar verkauft werden. Zur Uebernahme sind nur 3000 \mathcal{R} erforderlich. Alles Uebrige soll fest hypothekarisch zu 4 1/2 Prozent stehen bleiben. Reflektirende wollen sich unter Adresse U. H. # 4 poste restante Lausigk in Sachsen an den Besitzer wenden.

Zu verkaufen

ein Deconomiegut, 2 1/2 Stunden von Leipzig, 140 Morgen Feld u. Wiese, vollständiges lebendes u. todtes Inventar, gutstehende Ernte, For-derung nur 17,000 \mathcal{R} , soll wegen vorgerück-tem Alter des Besitzers auszugsfrei sofort ver-kauf werden.

Eines desgleichen, 4 1/2 Stunden von Leip-zig entfernt, mit circa 100 Morgen Areal, guten Gebäuden, Inventar vollständig und aus-zugsfrei. Forderung 11,000 \mathcal{R} .

Eines desgleichen, 2 Stunden von Leipzig, 44 Morgen Areal, todtes und lebendes Inven-tar gut, und besser Plan im Dritte, Forderung 7500 \mathcal{R} , kann mit jeder beliebigen Anzahlung sofort übernommen werden.

Alles Nähere ertheilt G. A. Borwitz in Reudnitz, Kapellengasse, bei Leipzig.

Obst-Verpachtung.

Das diesjährige Obst des Amtes Helms-dorf u. soll

Donnerstag den 4. Juni cr.

Nachmittags 3 Uhr hier selbst verpachtet werden. Die Hälfte der Pachtsumme ist sofort ein-zuzahlen.

Am Helmstedt, den 22. Mai 1863.

Der Rentmeister.

Obst-Verpachtung.

Freitag den 5. Juni,

Vormittags 10 Uhr

sollen im Gasthause hieselbst die diesjährigen Obst-Nutzungen meiner Ländereien hier in

Salzmünde,

Echodwitz,

Näther,

Raschwitz,

Lettin,

Schiepzig,

öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Salzmünde, den 23. Mai 1863.

J. G. Boltze.

Landguts-Verkauf

im Mansfelder Saalkreise.

Das Gut Nr. 2 in Kumpin, zwischen Wettin und Friedeburg a/S., mit 170 Mor-gen Areal, enthaltend Raps-, Zuckerrüben- und Weizenboden, ausgezeichnete Wiesen, Anpflan-zungen und Gärten, sehr gute Gebäude und be-deutende Dünger-Vorräthe, soll aus freier Hand unter sehr annehmbaren Bedingungen mit der Hälfte Anzahlung schnell verkauft werden. Selbst-bewerber wollen sich an den Besitzer im Gute selbst, oder an den Commissionär Hrn. Schellner in Friedeburg wenden.

Guts-Verkauf.

Ein aronbirtes Gut von circa 500 preussi-schen Morgen Feld und Wiesen, in reizend frucht-barer Gage Bayerns, theils katholisch und theils protestantisch, unmittelbar an einer frequenten Bahnstation, Schloß mit Park, nebst schönen, massiven Deconomiegebäuden, vermitteltst Bahn theils 10 Minuten, 3/4 und 1 1/2 Stunden von großen, lebhaften Städten entfernt, ist Familien-Verhältnissen wegen preiswürdig zu verkaufen und kann sofort mit Inventar übergeben und die Hälfte der Kaufsumme verzinslich stehen bleiben. Franco-Anfragen unter Nr. 9268 besorgt Ed. Stückrath in der Exp. d. Ztg.

Guts-Verkauf.

Ein herrschaftliches Gut mit 350 Morg. größ-tentheils Wz., 75 Morg. zweischüriger Wiesen, Gebäude fast neu, Nitterguts ähnlich gebaut, schöne Gärten mit Parkanlage, ist mit 15—20 Mille Anzahlung zu verkaufen.

Zahlungs-sfähige Käufer wollen ihre Adresse unter K. S. abg. bei Ed. Stückrath in der Exp. d. Ztg.

3000, 2000 u. 1000 \mathcal{R} werden auf erste, ganz gute sichere Hypothek sofort gesucht durch J. G. Fiedler in Halle a/S.

Restaurations-Verpachtung, kann so-fort unter günstigen Bedingungen übernommen werden. Näheres bei L. Richter in Lands-berg b/S.

Eine hyp. Forderung von 800 \mathcal{R} wird zu cediren gesucht, 5 pCt. Das Nähere zu erfragen Merseb. Chaussee Nr. 6, 1 Treppe hoch, Vorm. 8—10 Uhr.

Donnerstag den 28. fährt mein Omnibus von hier nach Querfurth zur Thierhau.

Abfahrt früh 4 Uhr vom Gasthof zur Danne. Billets sind in der Droschkenanstalt, Oberstein-thor Nr. 13, zu haben. W. Heine.

Eine braune Stute, mittlere Größe, gut ge-ritten, welche auch zieht, steht zu mäßigem Preise zum Verkauf. Zu erfragen bei Herrn Controlleur Wagner in Zeitz.

Am Sonntag d. 24. Mai wurde das Com-mertheater auf der Weintraube eröffnet. Dasselbe ist jetzt mit festem Dache versehen, wel-ches dem Publikum Schutz gegen das unglück-sigste Wetter gewährt, außerdem ist das Au-ditorium aufs freundlichste hergerichtet, so daß dasselbe dem theaterliebenden Publikum einen angenehmen Aufenthalt bietet. Als Anfangs-vorstellung sahen wir „Der verkaufte Schlaf“ und müssen wir unsere vollkommene Zufriedenheit über die einzelnen Kräfte, unter denen sich namentlich die Soubrette Fräul. Schiller auszeichnet, so wie über das vor-treffliche Ensemble, aussprechen. Man sieht, daß die Gesellschaft längere Zeit zusammenge-spielt hat und nicht, wie früher der Fall war, aus allen Himmelsgegenden zusammen geholt wurde, dadurch auch nur etwas höchst Mittel-mäßiges geboten werden konnte.

Wie wir nun hören, soll am Donnerstag in d. Woche das Charakterbild von JEFFNER, The-terese Krones, zur Aufführung kommen und verhehlen wir nicht, ein kunstliebendes Publikum ganz besonders auf diese Vorstellung aufmerk-sam zu machen. Theaterese Krones ist in Wien (am Carltheater) über 200 Mal gegeben, eben-falls hat in Nord- und Mitteldeutschland das Stück viel Aufsehen erregt und verdient ungleich mehr Anerkennung als alle Berliner Poffen der Neuzeit. Mehrere Theaterfreunde.

Große Goldwaaren-Auction.

Alle Tage von 10 Uhr an (außer Sonntag) Fortsetzung und Versteigerung der überraschend neuesten preiswertheiten und elegant faconnirten Goldwaaren.

J. H. Brandt,
Kreis-Auct.-Commiss. u. ger. Taxator.

Von der in allen Königlichen Mühlen in Preußen einzig eingeführten Sorte
seidener Müller-Gaze (Beuteltuch)
halte ich für Halle und Umgegend nur allein Lager und siehe gern mit Muster- und Preis-courant-Sendungen zu Diensten.

Albin Simon,
Markt und Klausstraßen-Ecke Nr. 15,
Hôtel Stadt Zürich vis à vis.

Ueberraschend schöner und doch billiger Einkauf
in halbwoollenen und wollenen Kleidern von 3, 3 1/2 und 4 *lg* bis zu den breitesten à 5 *lg*, wie auch Rheinländischer Cassinets zu Sommeröcken à 7 1/2 *lg* die Elle, während des Jahrmärts in der Mannischen Straße im Gasthof zur gold. Kofe, vom Markt das erste Thorweg.

Warnung. Peru Guano.

Im Interesse des Landwirthschaftlichen Publikums halten wir uns verpflichtet, dasselbe auf die neuerdings stattfindende Importation von geringen und verfälschten Sorten Guano aufmerksam zu machen, und dringend zu empfehlen, sich wegen seines Bedarfs von Peruanischen Guano entweder direct an uns zu wenden, oder nur an Zwischenhändler von anerkannter Respectabilität.

Hamburg, im Mai 1863.

J. D. Nutzenbecher Söhne

A. J. Schön & Co.

Alleinige Importeure des Peruanischen Guano in Deutschland.

Wiener Morgenschuhe und Pantoffeln

für Damen und Herren empfiehlt als die leichteste Fußbekleidung fürs Haus und auf die Reise **Richard Pauly**, große Steinstr. Nr. 8.

Für eine answärtige Modefärberei und Druckerei übernehme ich so wohl neue Stoffe, als getragene Kleider, Röcke und Schürzen zum Färben und Drucken, und liegen die neuesten Muster in großer Auswahl zur Ansicht bei mir.

Ein Kleid in Seide zu färben und drucken 1 *Rp* 5 *lg*.
Ein do. in Wolle und Baumwolle — 27 *lg* 2c.

Aug. Berger, Strohhutfabrikant,
Brüderstraße 13.

Alle Sorten Handschuh werden fortwährend zum Waschen und Färben angenommen und so schön hergestellt, daß solche den neuen gleich kommen, in der Handschuhfabrik von **Gr. Ulrichstr. 50.**

Salonhölzer, sowie lange starke Wachszündkerzen billigt bei
Carl Haring, Brüderstraße Nr. 16.

Englische Patent-Deckel
nebst Gefäßen zum Einmachen resp. Einkochen von Früchten, Gemüsen u., zur Aufbewahrung von Butter, Schmalz, Suppen, Saucen, Milch u. empfiehlt
J. A. Becker,
gr. Ulrichstraße Nr. 59.

2 kräftige Arbeitspferde, möglicherweise mit Geschirr, Mittelpreise, werden zu kaufen gesucht.
C. Schaeffer, Leipzigerstraße 81.

In allen Buchhandlungen ist zu haben:

**Neuer Führer
durch
Thüringen**

von
Carl Boeke.
Mit illum. Karten und 18 Ansichten.
Zweite verbesserte Auflage.
Cart. Preis 12 1/2 *lg*.

Daraus apart:
Illustrierte Reisekarte vom Thüringer Wald. Cart. 6 *lg*.
Kuhn'sche Buchhandlung (E. Grafenhan) in Eisleben.

Den Deutschen Brüdern.

Aus allen Gauen des lieben Vaterlandes kommen mir so viele Brudergrüße zu, daß ich nur auf diesem öffentlichen Wege meinen Dank abstellen kann. Nehmet ihn mit der Versicherung an, daß ich von Deutschlands Fahne nie lassen werde. Nicht einen Zoll breit werde ich wanken, nein! in diesen Farben leben und sterben, auf Mannes Wort und Ehre. Hoch schwarz-roth-gold! Deutschland für immer!!
Bernburg, im Mai 1863.

Joseph Calm, Hofgerber.

Gebauer-Schwetschke'sche Buchdruckerei in Halle.

N. J. Daubig'scher Kräuter-Liqueur,

erfunden und nur allein bereitet von dem Apotheker **N. J. Daubig** in Berlin, Charlottenstr. 19, ist ächt zu beziehen in der autorisirten Niederlage bei:
Ferd. Mandel (Gen.-Debit) in Halle.
E. Müller in Halle.

Wasserheil-Anstalt
in Charlottenburg bei Berlin.
Dr. Eduard Preiss.

Seife.

Oberschaale für 1 *Rp* 6 1/2 *lg*, à *lg* 5 *lg*,
Kern: Talg für 1 *Rp* 7 1/2 *lg*, à *lg* 4 1/2 *lg*,
Harzseife für 1 *Rp* 10 *lg*, à *lg* 3 1/2 *lg*,
empfehlen
Gustav Nüblemann,
Königsstraße 4.

Eislerwasser } stets frisch
Sodawasser }
bei **Gustav Nüblemann**.

Cigarren

im Preise von 4 1/2 *Rp* bis 40 *Rp* pr. Mille
empfehlen
Gustav Nüblemann,
Königsstraße 4.

Zu dem diesjährigen Königsschießen, welches den 1., 2. und 3. Juni stattfindet, laßt erbenst ein
Löbejün. **Der Vorstand.**

Hallesche Liedertafel.

Mittwoch den 27. Mai
ausserordentl. Versammlung
Abends 8 Uhr in der „Tulpe.“
D. V.

Sommer-Theater in Halle (in der Weintraube).

Donnerstag den 28. Mai zum ersten Male:
Therese Krone, oder: **Drei Tage aus dem Leben einer Schauspielerin**, Charakterbild in drei Abtheilungen von **Haffner**, Musik von **Hebenstreit**.

Freitag den 29. Mai: **Die Pasquillanten**, oder: **Fürst, Minister und Bürger**, Lustspiel in 4 Akten von **Benedix**.

Das Auditorium ist mit einem wasserdichten Dache versehen und gegen Einflüsse ungunstiger Witterung vollständig geschützt.

Die Direction.

1 Thaler Belohnung

erhält Derjenige, welcher die Doppelwagen-Winde bei mir abgibt, welche am 16. d. M. auf dem Wege von Ummendorf über Döllnitz, Lohau u. nach Scheubitz verloren wurde. Vor Ankauf wird gewarnt.

Ummendorf, den 25. Mai 1863.

C. Sellmuth.

Am 1. Feiertage ist von dem Kirchthore bis zur Alten Promenade ein schwarzes Sammet-Fächchen mit einem weißen Schnupstuch (gez. F. K. Nr. 12) verloren gegangen; der Finder wird gebeten, dasselbe gr. Märkerstraße Nr. 11 im Hofe links, gegen angemessene Belohnung abzugeben.

Bekanntmachung.

Ein zugelaufener hochhaariger junger Jagdhund ist binnen 8 Tagen abzuholen mit Ersatz der Futterkosten und Insertionsgebühren bei **Dederstedt.**
H. Wiese.

Familien-Nachrichten.

Todes-Anzeige.

Sonnabend den 23. Mai starb in Schönebeck, nach 11 tägigem schweren Krankenlager, unser guter Sohn und Bruder, der **Hilar Theodor Brömme**, im noch nicht vollendeten 22. Lebensjahre. Entfernten Freunden und Bekannten diese traurige Nachricht mit der Bitte um stille Theilnahme.
Nehlig, den 25. Mai 1863.
Die trauernden Eltern u. Geschwister.

Hallische Zeitung

im G. Schwetschke'schen Verlage.

(Hallischer Courier.)

Politisches und

für Stadt



literarisches Blatt

und Land.

In der Expedition der Hallischen Zeitung: G. Schwetschke'scher Verlag. — Redacteur Dr. Schadeberg.
Vierteljährlicher Abonnementspreis bei unmittelbarer Abnahme 1 Thlr. 4 Sgr., bei Bezug durch die Post 1 Thlr. 10 Sgr.
Insertionsgebühren 1 Sgr. 4 Pf. für die dreispaltige Zeile gewöhnlicher Zeitungsschrift oder deren Raum.

N^o 120.

Halle, Mittwoch den 27. Mai
Hierzu zwei Beilagen.

1863.

Deutschland.

Berlin, d. 25. Mai. Der „Staats-Anz.“ meldet unterm 23. Mai: Se. Maj. der König haben sich auch gestern wohl befunden und in der verfloffenen Nacht gut geschlafen. Se. Maj. nahmen die Vorträge des Militär- und Civilkabinetts entgegen und empfingen Ihre königl. Hoheiten den Kronprinzen und die Frau Kronprinzessin.

Das Staatsministerium hat dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses angezeigt, daß Se. Maj. der König sich nicht bewegen finden, die Deputation des Hauses zu empfangen. Es ist die Adresse demzufolge auf schriftlichem Wege durch das königl. Staatsministerium überreicht worden.

Ueber die traurige Lage in Preußen wird dem feudalen Wiener „Waterland“ von hochkonservativer Seite geschrieben: „Immer wieder und immer dringender und immer überraschter legen wir uns die Frage vor, ob denn in Preußen, welcher Parteirichtung man auch sonst angehören mag, ein halbwegs verständiger Mann gefunden werden kann, der heute noch eine Verständigung zwischen dem zeitigen Ministerium und dem zeitigen Abgeordnetenhaus für möglich hält? Wenn man aber diese Frage — wie es uns bekümmert will — unbedingt verneinen muß, dann scheint uns die mögliche Alternative sehr einfach zu liegen: entweder das Ministerium oder das Abgeordnetenhaus zu wechseln.“

Die sogenannte „Patriotische Vereinigung“ findet so geringen Anklang, daß sie auf ein ziemlich drastisches Mittel zu ihrer Rekrutierung verfallen ist. Sie sendet einer Anzahl von Personen förmliche Aufforderungen zum Beitritt in's Haus und zwar vorzugsweise solchen, denen ihre äußere Stellung die Zurückweisung dieser Werbung vielleicht nicht ganz unbedenklich erscheinen läßt. In dem Anschreiben, das zu diesem Zwecke vielfach umhergeschickt wird, heißt es u. A.:

„Die Unthätigkeit und der Egoismus streng königlich gekrönter Männer sucht in Fehlern, welche angeblich die Regierung begangen haben soll, einen Vorwand für ihre Nichtbetheiligung an den schwebenden Kämpfen, ohne zu bedenken, daß von einzelnen Irthümern, Schwächen und Fehlern wohl keine menschliche Regierung jemals frei sein dürfte. Schweigen möchten wir von dem Mangel an Rath, welcher selbst Männer in hervorragender amtlicher und gesellschaftlicher Stellung, Männer, welche von der Allerhöchsten Gnade Sr. Majestät des Königs durch persönliche Auszeichnungen aller Art gesiebt worden sind und in ihren äußeren Verhältnissen und in ihren Familien die fördernde Königl. Huld vielfach erfahren haben, zurückhält, für die Würde und die Macht der Krone und für die heiligsten Interessen des preussischen Volks einzutreten, aber gar sie dazu treibt, mit deren offenkundigsten Gegnern in kaum glaubhafter Schwäche zu liebäugeln.“ — Am Schlusse heißt es: „Diese Aufforderung ist gleichzeitig auch an eine Anzahl angesehenen und hochgeachteter Männer, welche wir als mit Ihnen auf einer Stufe stehend erachten, und namentlich Solche gerichtet worden, bei denen es eben nur noch an ihrer eigenen ausdrücklichen Zustimmung fehlt, um sie der Zahl der ausharrenden und entschlossenen Verteidiger eines starken Königthums zuzugesellen.“ — Nach Eingang der zuverlässig erwarteten unumwundenen Antworten, um deren gefällige Bescheinigung wir bitten, beabsichtigen wir eine vertrauliche Versammlung zur Besprechung der im Einzelnen zu ergründenden Maßregeln zu veranstalten und werden uns erlauben, die Zusagen dazu ergebenst einzuladen.“

Hr. v. Bismarck machte bei der Anwesenheit des Hrn. v. Beust den liebenswürdigen Wirth und führte ihn u. A. auch in das Wallner-Theater, um den durch lange Gespräche über Solleinkung und Bundesreform ermüdeten sächsischen Minister eine kleine Erfrischung an den prächtigen Couplets von Kalisch und dem köstlichen Humor der Komiker Helmerding und Reufsch zu verschaffen. Das ist denn auch in vollem Maße gelungen. Beide Minister lachten und applaudirten aus Herzenslust, Hr. v. Bismarck am meisten über die witzigen Pointen, die sich gegen ihn selber richteten, und Hr. v. Beust fand daran ein solches Behagen, daß er — wie erzählt wird — sehr bedauert haben soll, seine eigene große Politik gar nicht zum Gegenstande eines kleinen Scherzes gemacht zu sehen. Man will sogar von einer officiösen Aufforderung an Hrn. Helmerding wissen, eine Improvisation „zu Ehren des Gastes“ zum Besten zu geben. Ob die Politik des Hrn. v. Beust Hrn. Helmerding nicht ganz klar ist, oder ob Letzterem kein passender Einfall kam, genug — Hr. v. Beust ging in der Blumenstraße leer aus, und er wird sich mit den Lorbeern aus der



oyisation, mit
nt. Als nach
recht-Jubilar-
Güste“ gefal-
Er erschien
Publikum: er
nen, was im
Danke schreiben
ommen. Das
chte mit.
Mai Vormit-
s ist folgende:
u einer Eisen-
er Bericht der
stizminister be-
nen Verfolgung
ktion vor dem
Robden. Die
der Broschüre
ung des Staats-
Staatschulden-
mission für das
gegen die Ab-
auf Grund der
der Dauer der
in Verhaftung,
das Gemeinde-
id. 3.“, daß
estellt sei, ob-
ats am 16. d.
Berlin gewächste
gelehnt.
enthält ein

Erklärung des Reichshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Conflicte, worin die Ansicht ausgeführt wird, daß die Schulverschuldung gegen Eltern, welche es unterlassen, ihre Kinder nach der Schule zu schicken, nicht als Executionsmittel, sondern als Strafen für eine begangene Uebertretung zu betrachten und daher im polizeigerichtlichen Untersuchungsverfahren festzusetzen seien.

Aus Dresden, und zwar aus guter Quelle, schreibt man der „Berl. Allg. Ztg.“, daß Hr. v. Beust von hier sehr verstimmt abgereist sei, weil er nichts erreicht habe, als allgemeine Phrasen.

Wiesbaden, d. 20. Mai. In der gestrigen Sitzung der ersten Kammer fand die Schlußabstimmung über den Gesetzentwurf, die Civilehe betreffend, auf der Tagesordnung. Zuvor aber bemerkte der Domdechant Jost: „So lange Kirche und Staat sich in Harmonie befinden, wird von Civilehe keine Rede sein; wird der Friede zwischen ihnen gestört und geht jeder Theil seinen eigenen Weg, dann kann erst die Frage wegen der Civilehe aufstehen, welche indessen die Kirche nicht zu fürchten hat. Zu beklagen ist, daß die Frage nach der Civilehe bei uns aufgetaucht ist einem Häuslein Dissidenten gegenüber, deren Glaubensbekenntniß man nicht einmal kennt. Die Ehe ist religiöser und göttlicher Natur, schon nach den Anschauungen der alten Deutschen; Christus hat die Ehe zum Sacrament des neuen Bundes gemacht. Die christliche Ehe ist die Grundlage der Familie, des Staats und der Kirche. Die Civilehe macht die Ehe zum bürgerlichen Verträge und entzieht ihr Bestand und Haltbarkeit. Im Namen der Religion und im Namen des Deutschen Volkes, welches von der von einem falschen Liberalismus eingeführten Civilehe nichts wissen will, protestire ich ge-